

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabenstellen und Filialen monatl. 4.50 Zl. mit Zustellgeld 4.80 Zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 Zl. vierteljährlich 14.66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 8 Zl. Danzig 8 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Da. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 253

Bromberg, Sonnabend den 4. November 1933

57. Jahrg.

Vor deutsch-französischen Verhandlungen

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

Warschau, 3. November.

Die polnische Publizistik kann nicht umhin, das Publikum allmählich an die Tatsache zu gewöhnen, daß schon in nächster Zeit Deutschland und Frankreich in unmittelbare Verhandlungen miteinander treten werden. Um die Gefahr plötzlicher psychischer Erschütterungen und der Verwirrung des politischen Orientierungssinnes, die die möglichen Ergebnisse dieser Verhandlungen herbeiführen könnten, zu vermindern, werden dem Publikum kleine Dosen von halbrichtigen oder beinahe richtigen Dosen von Pariser und Londoner Informationen verabreicht. Aus diesen Informationen geht hervor, daß das vom Reichkanzler Hitler an Frankreich gerichtete Angebot, in eine unmittelbare Verständigungsaussprache einzutreten, an den maßgebenden Stellen in Paris mit dem ihm gebührenden Ernst zur Kenntnis genommen worden ist und den Gegenstand grundsätzlicher Erörterungen innerhalb der neuen französischen Regierung bildet.

Der Pariser Korrespondent des „*Kurjer Codzienny*“ übermittelt seinem Blatte überaus interessante Nachrichten über einen scharfen Kampf, der sich im Lager der französischen Radikalen zwischen der germanophilen und russophilen Strömung abspielt. Diese Nachrichten, von denen der Korrespondent des polnischen Blattes versichert, daß sie aus „der besten Quelle“ stammen, lauten:

„Seit einiger Zeit hat sich in der radikalen Partei ein weitgehender Zweifelpakt der Ansichten in bezug auf die französische Außenpolitik herausgebildet. Man kann unter den Radikalen zwei einander bekämpfende Hauptrichtungen unterscheiden. Erstens die Gruppe, die sich um die Zeitung „*Notre Temps*“ schart, deren Redakteur Pfeiffer, ein persönlicher Freund Daladières ist und der in Daladières' Kabinett Unterstaatssekretär war. Diese Gruppe erstrebt eine sofortige Annäherung sogar an das Hitlerische Deutschland, denn sie sieht darin den einzigen Modus der Entlastung der jetzigen internationalen Situation. Bezeichnend ist, daß die Richtung Pfeiffers von vielen Radikalen des extremen linken Flügels und sogar von Juden unterstützt wird.

„Die zweite Richtung repräsentieren Herriot und der Minister des Flugwesens Pierre Cot, welche eine Annäherung an Sowjetrußland zwecks Bekämpfung der wachsenden Flut des Faschismus und des Hittleriums erstreben. Wie uns unsere Informanten erklärt haben — meldet weiter der Korrespondent — „hat sich der gewesene Ministerpräsident Daladier für die pro-deutsche Richtung und gegen die Zusammenarbeit mit Rußland ausgesprochen. Das hat die Sozialisten, deren Lösung vor allem der Kampf gegen alle Formen des Faschismus ist, gegen sie Stellung nehmen lassen. Obwohl Paul-Boncour nicht zur radikalen Partei gehört, so bekennt er sich doch zur russenfreundlichen Politik, was die Wirkung hatte, daß die Sozialisten und die pro-russische Gruppe der Radikalen die Rückkehr Paul-Boncour's in die Stellung des Außenministers gefordert haben.

„Die jetzige Regierung bildet den Versuch eines Kompromisses der beiden obigen Tendenzen in der französischen Außenpolitik. Einen gewissen Fingerzeig gibt jedoch die hervorragend antikommunistische Einstellung des Ministerpräsidenten Sarraut, wovon seine ganze politische Vergangenheit zeugt.“

Der Korrespondent schließt seine Sermondos' gegen Überraschungsstränge mit folgender Bemerkung:

„Deutschland ist über die inneren Kämpfe in der französischen radikalen Partei vortrefflich informiert. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Deutschen trotz der gegenwärtig herrschenden französisch-deutschen Spannung es für angemessen befunden haben, nach Paris eine Delegation von Bankiers zu entsenden, welche sich jetzt um eine größere Anleihe für Deutschland auf dem hiesigen Finanzmarkt bemühen.“

In der Richtung der Vorbereitung der polnischen Öffentlichkeit auf die deutsch-französischen Verhandlungen läuft auch die halbamtliche Drahtmeldung der Telegraphenagentur „*Expreß*“, welche lautet:

„*Petit Journal*“ veröffentlicht ein Telegramm seines Berliner Korrespondenten, welcher berichtet, daß in den Berliner diplomatischen Kreisen die Überzeugung herrscht, das Wahlergebnis vom 12. November werde der Hitler-Regierung die Entwicklung einer noch größeren Aktivität nach außen ermöglichen. Der Kanzler wird der Französischen Regierung eine ultimative Friedensofferte vorlegen. In dem dem Quai d'Orsay nahestehenden Kreise erklärt man im Zusammenhange mit dieser Nachricht, daß nach den Wahlen die Initiative des Kanzlers Hitler zwecks Herbeiführung der deutsch-französischen Gespräche in der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage zu erwarten sei.“ Und hurtig aus dem Gebiet der Tatsachen in ein anderes Gebiet entweichend, sagt der Verfasser der halbamtlichen Meldung:

„Es ist als gewiß zu erachten, daß diese Verhandlungen offenkundig sein und von der französischen Seite in engen Einvernehmen mit den befreundeten Regierungen geführt werden würden. Die Französische Regierung beabsichtigt nicht, den Grundsatz der Verständigung der befreundeten

Länder über alle deutsche Tendenzen und Forderungen aufzugeben.“ So viel zur Beruhigung derjenigen Nerven, welche gegen alle deutsch-französischen Gespräche überempfindlich sind, z. B. der Nerven der Außenpolitiker des endeko-obwiewpolschen Lagers . . .

Aus London läßt sich zu demselben Thema, der in die polnische Publizistik eingespannte, franzosenfreundliche und trotzdem vom polnischen Leo Daudet, dem nationalistischen Satiriker *Nowaczynski* bei jeder sich bietenden Gelegenheit verhöhnende *Augur* (*Poliakow*) vernehmen. *Augur*, der in London eigenkümlicher Weise sofort weiß, sobald es den polnischen Außenminister in Warschau irgendwo juckt und ausgezeichnet informiert ist, wo den polnischen Minister der Schuß drückt, worauf er gleich mit einer für die polnische Öffentlichkeit verwendbaren Formel zur Hand ist, *Augur* teilt daher den Lesern des „*Kurjer Codzienny*“ ebenfalls die Neuigkeit mit, daß man . . . „in London die Möglichkeit unmittelbarer Gespräche zwischen Paris und Berlin erwägt.“ Wie zart und schonend klingt diese Mitteilung! In London wird sie erst „erwogen“ — die „Möglichkeit“ — unmittelbarer Gespräche zwischen Paris und Berlin . . . Als ob ausschließlich London darüber zu entscheiden hätte, ob es überhaupt möglich sei, Paris und Berlin die Anknüpfung unmittelbarer Gespräche über die sie unmittelbar angehenden Fragen zu gestatten . . .

Die neueste Flut von Gesetzesverordnungen

(Von unserem ständigen Warschauer
Berichterstatter.)

In den letzten drei Tagen ist über die Häupter der Staatsbürger eine Riesenslut von Verordnungen des Staatspräsidenten ergangen, die mit Gesetzeskraft ausgestattet sind. Der „*Dziennik Ustaw*“ erschien zweimal täglich, und jede Ausgabe lud einen Berg von Verordnungen ab, die das Labyrinth der bisherigen Gesetzesvorschriften um ganze Regionen von Paragraphenwäldern geschriebener Gesetzlichkeit bereichern. Wenn das so weiter geht, wird man bald das gesamte Leben irgendwie stilllegen und dabei doch so viel noch vom Leben übrig lassen müssen, daß ein ausreichender Teil der staatsbürgerlichen Gesamtheit die physische und geistige Möglichkeit erhält, sich einigermassen — auf Grund der neuesten Verordnungen — darüber zu orientieren, was nunmehr erlaubt und was nicht erlaubt ist. Wenn wir uns nicht gar zu sehr verrechnet haben, hat das Gesetzblatt seit Sonnabend nicht weniger als 78 Verordnungen mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

Staatsbürger! Im Schweiß deines Angesichts wirst du — nicht bloß dein Brot verdienen — sondern auch die Staatsgesetze studieren . . . Gott sei Dank, daß es Juristen gibt, die den gewöhnlichen Staatsbürger, der zahlungsfähig ist, der Dual entheben, Riesenmassen von neuen Paragraphen sich in den schon genug mit Vorschriften des Staates ausgefüllten Kopf zu stopfen.

Aber — wie man hört — sind sogar die Juristen vom Paragraphenregen und besonders von dem schwindelerregenden Eiltempo in der Veröffentlichung von Gesetzen nicht entzückt. In den Kreisen der jüngeren Vertreter des Anwaltsstandes lassen sich Stimmen vernehmen, daß es der älteren Generation der Juristen überhaupt an Zeit mangeln werde, sich mit der neuesten Gesetzgebung bekannt zu machen. Die neuen Paragraphenwelten rufen nach neuen Geschlechtern, die von Geburt an dermaßen organisiert wären, daß sie sich in ihnen zurechtfinden und dabei doch noch etwas für das Leben übrig haben können.

Eine charakteristische Besonderheit der letzten Verordnungen besteht darin, daß sie einen Rahmencharakter haben und der Regierung die dankbare Aufgabe überlassen, jederzeit den allgemeinen Rahmen durch eine gehörige Anzahl von Einzelvorschriften nach Gutdünken auszufüllen. Diese Methode der Gesetzgebung wird als „Elastizität“ bezeichnet und von denen gerühmt, welchen sie nützt. Sie nützt vor allem der weiteren Stärkung der Regierungsgewalt, die — wie man weiß — sich im Stärken nie genug tun kann. Eine Grenze für die Stärke der Regierung ist noch nicht gefunden worden. Was heute noch als imposante Stärke erscheinen mag, kann vielleicht schon morgen als ganz jämmerliche Schwäche anwidern.

Die böse Oppositionspresse meint, daß die Regierung es mit der Verordnungsflut deswegen so eilig hatte, weil sie dem Sejm die Arbeit, der er vielleicht nicht gewachsen wäre, ersparen wollte. Das ist vielleicht böse gedacht, aber im Grunde doch richtig. Parlamente sind Institutionen, die für Staatswesen geschaffen wurden, welche sich zu den Staaten, wie sie jetzt beschaffen sind und wie sie darüber hinaus noch werden wollen, verhalten, wie etwa ehemalige Kunstwerkstätten zu modernen Industrie-Riesenwerken. Wenn der Staat alles vorsteht, vorschreibt, kommandiert, für alle denkt, rechnet, plant, alle Gewalt in seinen Organen konzentriert, muß neben vielen anderen Institutionen jedes Parlament als Gesetzesfabrik außer Gebrauch kommen — nicht sofort, so doch allmählich. Schließlich wird sich keine noch so starke Regierung im Urwald von Gesetzen und Vorschriften zurechtfinden können und letzten Endes wird der spezielle Referent im speziellen Amt für jede spezielle Angelegenheit die letzte Instanz im Staate sein. Seiner Macht gegenüber wird sogar der Ministerrat, ja sogar jeder Diktator ohnmächtig sein.

Aber London“ — erfahren wir von *Augur* weiter — „ist den Franzosen gegenüber so liebenswürdig, nicht nur solche Gespräche zu gestatten, sondern sie ihnen sogar anzuraten.“ Leider muß *Augur* diese unangenehme Botschaft den Polen ausrichten, weswegen er sicher tausendmal um Verzeihung bitten möchte. Da aber Tatsachen auf die Dauer nicht verschwiegen werden können, plaudert *Augur* weiter: „ . . . London ist der Ansicht, daß die Französische Regierung der Erwägung der Berliner Vorschläge nicht ausweichen könne, wenn sie sich auf ihrer ständigen Linie der Mäßigung und des gesunden Verstandes halten — und wenn sie unterstreichen will, daß sie keine Gelegenheit der Sicherung eines beständigen Friedens übergeht.“ Das sei die Ansicht „*London's*“. *Augur* fügt seinerseits beifügen seine eigene Ansicht bei, die natürlich dahin geht, daß „diese Gespräche zu nichts führen werden“, daß sie den Deutschen nur „den Gehel“ liefern werden, um mit dessen Hilfe Frankreich von Großbritannien zu trennen.

Daß London es in der Scharfäugigkeit noch nicht so weit gebracht hat, dies zu bemerken, während der *Augur* alles genau voraussieht, wird wohl niemand in Polen wundern. Denn, unter uns gesagt, wer kann sich mit *Augur*, dem unübererfindlichen Hellseher, diesem Publizisten mit dem doppelten Januskopf und den vielen Gesichtern messen?

„Die Deutschen sind Mörder und Barbaren.“

Ein polnischer Aufruf, der in
Friedenshütte verteilt wurde.

In Friedenshütte haben Mitglieder des polnischen Pfadfinder-Bereins an die Bevölkerung Flugblätter folgenden Inhalts verteilt:

„Gebrauche nur die polnische Sprache, die Sprache deiner Väter, gebrauchte nicht die deutsche Sprache, denn sie ist die Sprache deiner Feinde. Die Deutschen spucken auf dich. Die letzten Morde und Schandtatzen beweisen, daß die Deutschen Mörder und Barbaren sind. Sie sind Tiere in menschlicher Haut. Deine Väter im Grabe werden nach dir die Hand ausstrecken, wenn du noch die deutsche Sprache gebrauchst. Sage dies deinen Mitmenschen!“

Die Worte, die in diesem Aufruf gebraucht werden, erinnern lebhaft an die Zeit der wütesten Kriegsbege. Jedenfalls ist es eine traurige Tatsache, daß sich ausgerechnet Pfadfinder zur Verbreitung solcher Aufrufe hergeben, die doch wirklich anderen Aufgaben zu dienen hätten, als Gehe unter das Volk zu tragen. Der Ton dieser Aufrufe, die merkwürdigerweise von niemandem unterzeichnet sind, läßt jedenfalls auf den moralischen Wert der Verfasser eindeutig schließen.

Diätenzahlung an die Brest-Häftlinge.

Die Sejmabgeordneten erhoben gestern ihre Diäten; man war gespannt darauf, ob die Tagegelber auch den Bresthäftlingen ausgezahlt werden würden, deren Mandate bekanntlich durch Gerichtsurteil kassiert worden sind, die aber, wie alle anderen Abgeordneten, davon benachrichtigt worden sind, daß die Session am 3. November beginnt. Die Auszahlung der Diäten erfolgte nicht einheitlich: während die Abgeordneten der PPS. (Sozialdemokraten), nämlich *Barlicki*, *Dubois*, *Ciolkosz* und *Liebermann* ausgezahlt erhielten, wurden sie für *Kiernik* und *Witos* (bäuerliche Volkspartei) einbehalten. Die Sejmbehörden verweigerten über diese Angelegenheit jede Auskunft.

Bemerkte sei noch, daß das Urteil des Obersten Gerichts über die Bresthäftlinge dem Sejm noch nicht amtlich mitgeteilt worden ist.

Wie sich der „*Kurjer Poznański*“ aus Warschau melden läßt, hat die Kanzlei des Obersten Gerichts am Donnerstag mittag die Akten des sogenannten Brest-Prozesses dem Appellationsgericht zugeföhrt. Sie umfassen 24 Bände mit über 2000 Seiten. Gegen 2 Uhr nachmittags wurden die Akten an das Bezirksgericht weitergeleitet und dem Staatsanwalt dieses Gerichts übergeben, der daraufhin die Weisung erteilt hat, die in diesem Prozeß verurteilten ehemaligen Abgeordneten und Führer des Zentralkomitees zu verhaften.

Neue Demonstration in Lemberg.

Gegenüber dem Wojewodschaftsgebäude in Lemberg bemerkte am Montagabend ein Beamter der Untersuchungs-polizei eine Gruppe von verdächtigen Personen. Als eine von ihm alarmierte Polizeiabteilung eintraf, ließen die Betroffenen auseinander, es gelang jedoch, mehrere von ihnen festzunehmen. Hierbei sah sich ein Beamter veranlaßt, von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Ein Demonstrant wurde an der Hand verletzt. Weitere Polizeiabteilungen stießen dann auf andere Gruppen von Demonstranten, die aus verschiedenen Richtungen herankamen. Aus der Menge fiel ein Schuß, durch den eine unbeteiligte Frau tödlich

verlezt wurde; sie starb bald darauf im Krankenhaus. Der Schütze wurde von einem Polizeibeamten durch zwei Schüsse verletzt.

Insgesamt wurden 19 Personen in Haft genommen, von denen ein Teil Waffen besaß und ein anderer Steine in den Taschen mit sich führte. Unter den Verhafteten befinden sich einige Personen, die im Zusammenhang mit dem Bemberger Attentatsprozeß gesucht werden.

Der Antisemitismus der Ukrainer.

Dem jüdischen „Moment“ meldet sein Bemberger Korrespondent folgendes: „Erst jetzt beginnen Nachrichten einzulaufen von Überfällen auf jüdische Dörfer und Gutsböfe, die in der letzten Zeit von ukrainischen Nationalisten verübt wurden. Einen Massencharakter nahmen diese Überfälle hauptsächlich im Kreise Brzezani an. Der Starost von Brzezani hat im Zusammenhang damit verfügt, daß auf allen Chausseen pro Kilometer zwei Wächter aufgestellt werden. An Wegkreuzungen, Bahn- und Chausseebrücken, in der Nähe von jüdischen Gutsböfen, Häusern, sowie an Schobern auf Gutsböfen ebenfalls zwei Wächter“. Die Wächter stellen nach dieser Verfügung die gesamte Bevölkerung von 18-80 Jahren. Die Wächter haben die Pflicht, sämtliche Kraftwagen und Passanten anzuhalten und ihre Namen zu notieren.

Boykott ist kein Vergehen.

Vor dem Bezirksgericht in Lodz hatten sich neulich vier junge Leute unter der Anklage zu verantworten, auf der Straße zum Boykott jüdischer Buchhandlungen aufgerufen zu haben, was allgemeine Beunruhigung hervorgerufen haben soll. Alle Angeklagten gaben zu, daß sie vor einer jüdischen Buchhandlung tatsächlich eine Boykott-Aktion durchgeführt hätten, bestritten aber, daß dies einen Strafverstoß zur Folge gehabt habe. Nach Vernehmung einiger Zeugen wurde das Urteil gefällt, daß, dem „Slowo Pomorskie“ zufolge, auf Freispruch lautete.

Falsche Stimmzettel.

Nachklänge zur Volksabstimmung in Ostpreußen.

Ein interessanter Prozeß, der ein wenig hinter die Kulissen der vor 13 Jahren erfolgten Volksabstimmung in Ermeland und Masuren hineinleuchtet, fand dem „Kurjer Bydgoski“ zufolge am vergangenen Freitag in Posen statt. Der frühere Mitinhaber und Verlagsdirektor der Drukarnia Polska Sp. Akc. in Posen und jetzige Buchdruckereibesitzer und Herausgeber des „Kurjer Bydgoski“ in Bromberg, Edward Pawlowski, hatte sich dadurch beleidigt gefühlt, daß ihm der seit einigen Monaten in Posen erscheinende „Przeglad Codzienny“ den Vorwurf gemacht hatte, er habe dadurch, daß in der Druckerei des „Kurjer Poznansti“, deren technischer Leiter Pawlowski war, Propagandablätter und falsche Wahlzettel gedruckt wurden, den deutschen Interessen gebiet. Pawlowski habe sich dadurch des Hochverrats schuldig gemacht. Herr Pawlowski strengte gegen den „Przeglad Codzienny“ die Beleidigungsklage an, mit der sich nun das Bezirksgericht in Posen beschäftigt.

In der Verhandlung stellte es sich heraus, daß die Flugblätter vom polnischen Abstimmungsamt bestellt worden waren, um die Deutschen im Abstimmungsgebiet, d. h. in Ermeland und Masuren irrezuführen. Der Vertreter des Privatklägers beantragte zum Beweise dafür, daß diese Flugblätter einen Teil der Abstimmungsaktion dargestellt hätten, die Ladung eiliger Zeugen, darunter des Vorsitzenden des Abstimmungsamtes, Pfarrer Ludwiczak. Das Gericht gab dem Antrage statt und vertagte die Verhandlung.

Der „Kurjer Bydgoski“ fügt von sich aus hinzu, daß alle Einweisungen von den Flugblättern und Stimmzetteln genau geprüft hätten. Das polnische Abstimmungsamt habe sich damals an verschiedene polnische Verlagsanstalten mit der vertraulichen Bitte um Herstellung der Flugblätter und Stimmzettel für seine eigenen Zwecke gewandt, und diese Aufträge seien auch ausgeführt worden. Das Blatt behauptet, daß der „Przeglad Codzienny“ durch seine „schmutzigen und unbefohlenen Taktik“, durch die „Bloßstellung der polnischen Fleißaktion“ dem polnischen Staate einen ungewöhnlichen Schaden zugefügt habe, um so mehr, als dies in einer Zeit geschehen sei, da man vom staatlichen Gesichtspunkte aus alles vermeiden müßte, was zu einer Waffe in deutscher Hand gegen Polen werden könnte.

Der „Przeglad Codzienny“ hält seinerseits an seinen Behauptungen, die zu dem Prozeß führten, fest. Über den Ausgang des Prozesses darf man gespannt sein.

Hitler und Pommerellen.

In einem zweiten Artikel kommt der „Kurjer Poznansti“ nochmals auf die Kundgebungen des Reichskanzlers Hitler über die pommerellische Frage zurück. Der Artikel lautet wie folgt:

„In den Propagandareden, die der Reichskanzler Hitler gelegentlich der Reichstagswahlen gehalten hat, überrascht die friedliche Note bezüglich Polens. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern steht der Kanzler Hitler auf dem Standpunkt, daß zwischen Polen und Deutschland Bedingungen der Zusammenarbeit hergestellt werden müssen, da das polnische Volk nicht ausgelöscht werden und man ihm die Unabhängigkeit nicht nehmen kann. Das ist ein Ton, der ganz anders ist als derjenige, der noch vor kurzem in den offiziellen deutschen Kundgebungen geherrscht hat. Trotzdem hat Hitler bei seinem Auftreten die Frage Pommerellen nicht übergegangen. Er steht allerdings auf dem Standpunkte, daß wegen Grenzstreitigkeiten ein europäischer Krieg nicht hervorgerufen werden kann, aber andererseits drückt er die Hoffnung aus, daß die pommerellische Frage einmal auf friedliche Weise zwischen Polen und Deutschland gelöst werden würde. Die Frage Pommerellen betrachtet der Reichskanzler als den Zankapfel, der von den Urhebern des von ihm gebilligten Versailler Vertrages absichtlich zwischen Polen und Deutschland geworfen worden sei. Diesen Knochen der Zwietracht will Hitler beseitigen, um gute und friedliche Verhältnisse zwischen Polen und Deutschland herzustellen.

Aus dem Hintergrunde der friedlichen Tonart der Reden Hitlers klingt die Wendung über Pommerellen paradox. Deutschland muß schließlich verstehen, daß von irgend einer friedlichen Regelung der pommerellischen Frage nicht die Rede sein kann. Wer die Frage Pommerellen aufwirft, der wirft die Frage des Krieges auf, auch wenn er seine Forderungen in die pazifistischste Formel kleidet. Der Kanzler Hitler richtete in seiner Rede im Mai im Reichstage sogar

einige Komplimente an die Adresse des polnischen Volkes, indem er es als das Muster dafür hinstellte, daß ein Volk nicht entnationalisiert werden kann. Pommerellen bleibt also zweifellos eines der stolzeiten Beispiele dafür, daß die polnische Nationalität unter sehr schweren Verhältnissen sich gehalten hat.

Wenn Pommerellen heute einen unzerstörbaren Teil Polens bildet, so deswegen, weil es eines der am meisten polnischen Gebiete ist, das fast ausschließlich vom polnischen Volke bewohnt ist.

Der Kanzler Hitler muß als Nationalist diese Dinge besser verstehen als mancher seiner Vorgänger, die bezüglich des nationalen Gefühls weniger empfindlich waren. Man muß es sich indessen überlegen, was das Auftreten Hitlers in politischer Sprache bedeutet. Die Deutsche Regierung spielt heute ein großes Spiel. Sie will zum mindesten das moralische Recht zur Aufrüstung erlangen. Unter solchen Umständen wäre es unrichtig vom Standpunkte der deutschen Wünsche, wenn die Führer des Reiches in kriegerischer Weise auftreten würden. Im Gegenteil, ihr Interesse erfordert es, daß die deutsche Politik in ihren offiziellen Kundgebungen auf eine möglichst friedliche Tonart abgestimmt wird, und daß die Lage so dargestellt wird, daß Deutschland von verschiedenen Gefahren von außen bedroht ist und deshalb der Aufrüstung bedarf. Der friedliche Ton des Reichskanzlers bezüglich Polens erklärt sich aus diesen allgemeinen Forderungen, zumal in der Weltmeinung angenommen worden ist, daß das Hitler-Deutschland sich vor allem gegen Polen wendet.

Die Beruhigung der öffentlichen Meinung der Welt dahin, daß die Absichten des Dritten Reiches gegenüber Polen sehr verträglich sind, ist angesichts der schwierigen Lage Deutschlands vollständig verständlich. Aber außerdem behandelt Hitler die polnische Frage wahrscheinlich deshalb verständig, um auf die innere Lage in unserem Staate einzuwirken. Er hofft wahrscheinlich, damit die antideutsche Front zu durchbrechen, die sich in der Außenpolitik abzuzeichnen begann, und ist der Ansicht, daß er durch die versöhnliche Haltung gewisse deutschfreundliche Wünsche in den polnischen Kreisen weckt, die bis vor kurzem noch diese Politik verfolgt haben. Deshalb wäre es ein ungewöhnlicher Irrtum, wenn jemand in Polen die freundlichen Komplimente, die aus Berlin kommen, ernst nähme und nicht als Pfaffen eines bestimmten Spieles. Eine nüchterne und reale Beurteilung der Lage und ruhige und entschlossene Wachsamkeit sind weiter unerlässlich.“

Gesandter von Moltke bei Hindenburg.

Berlin, 3. November. (P.M.) Reichspräsident von Hindenburg empfing am Donnerstag den deutschen Gesandten in Warschau von Moltke.

„Hitler hat seine Hand ausgestreckt ...“

Ein Brief in der „Times“.

London, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die größte Gefahr für Europa bestehe darin, so schreibt John Watson von der Universität Cambridge in einem Brief an die „Times“,

daß man Deutschland als einen Verbrecher brandmarke.

Wenn Deutschland wisse, daß die Welt, und besonders England, seine Lage verstehe und ihm zur Erleichterung der Lage mit friedlichen Mitteln helfen wolle, dann werde auch Deutschland seinen Teil dazu beitragen. Wenn aber Deutschland dazu gezwungen werde, sich stets an Memel, Fiume, Wilna und die Mandschurei zu erinnern und hieraus die Lehren zieht, daß Gewalt sich der Mühe verlohne, dann könne es alle vernichten. Auf Grund seiner eineinhalbjährigen Beobachtungen an deutschen Universitäten könne er sagen,

daß, solange noch die Hoffnung auf Frieden mit Ehren bestehe, das junge Deutschland niemals zum Kriege schreiten werde.

Wenn die SchmachklauseIn des Diktats von 1919 auf englische Initiative hin jetzt gelöst würden, in denen Deutschlands Verantwortlichkeit für den Krieg und seine moralische Ungeeignetheit zum Besitz von Kolonien erklärt wurde, dann würde dies zwar als ein Sieg für die Tätigkeit Hitlers angesehen werden, aber es würde auch eine Sinesänderung herbeiführen. Hitler habe seine Hand ausgestreckt, um zu sehen, ob sie angenommen werde.

Sie müsse angenommen werden, so schwer dies auch den Engländern fallen möge.

Aus der Wahlbewegung im Reich.

Adolf Hitler spricht in Essen.

Essen, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der großen Ausstellungshalle und in deren Umgebung waren am gestrigen Tage 150 000 Menschen zusammengeströmt, um Reichskanzler Adolf Hitler zu sehen und seine Worte zu hören. In 83 Versammlungen des Essener Stadtgebietes hörten weitere 60 000 Menschen die Übertragung. Nach einer Rede des Vizekanzlers von Papen, in der er die Katholiken des Rheinlandes aufforderte, mit ihrem „Ja“ am 12. November der nationalsozialistischen Regierung ihre Treue zu bekunden, sprach Reichskanzler Adolf Hitler über die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Versailler Vertrages, über die nicht eingelösten Versprechen der Gegenseite und über die Bedeutung der neuen Wahl, die ein Bekenntnis Deutschlands, ein Bekenntnis seiner Söhne, seiner Frauen und seiner Männer zur Nation und zum gemeinsamen Schicksal bringen solle.

Göring in Beuthen.

Beuthen, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Ministerpräsident Göring traf am Donnerstag zu einem Besuch Oberschlesiens in Beuthen ein und wurde überall von riesigen Menschenmengen stürmisch begrüßt. In einem großen Zelten sprach Göring dann am Abend über die Volksabstimmung und Reichstagswahl, wobei er sagte, daß am 12. November 1933 die Schmach vom 9. November 1918 ausgelöscht und die deutsche Ehre wiederhergestellt werden soll.

Dr. Göbbels in Karlsruhe.

Karlsruhe, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem Karlsruher Schlossplatz sprach am Donnerstag Reichspropagandaminister Dr. Joseph Göbbels über die Be-

deutung der Umwälzung und des neu geschaffenen Autoritätsstaates. Dem Frieden Europas werde ein wirksamer Boden bereitet werden, wenn sich die ganze Nation am 12. November geschlossen vor aller Welt zu Adolf Hitler und seiner Regierung bekennt.

Weitere Zeugen im Reichstagsbrandstifterprozeß

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Nach eintägiger Unterbrechung werden die Verhandlungen im Reichstagsbrandstifterprozeß heute fortgesetzt. Auf der Zeugenliste stehen 16 Namen. Darunter befinden sich zwei russische Zeuginnen, und zwar Frau Landwirt Weiß aus Moskau und eine Frau Arhore, ebenfalls aus Moskau. Sie gehören beide zu der großen Gruppe von Personen, die von dem Verteidiger der bulgarischen Kommunisten, Rechtsanwalt Dr. Leichter, benannt worden sind, um über Aufenthalt und Tätigkeit des Angeklagten Popoff Aufschluß zu geben.

Zu der heutigen Verhandlung ist der Angeklagte Dimitroff wieder zugelassen. Der Verlauf der letzten Sitzung wird ihm durch Verlesung des Protokolls zur Kenntnis gebracht. Darauf verkündet Dr. Büniger die Beschlüsse des Senats über die Beweisanträge der Verteidiger. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Leichter soll der Schriftleiter Jakob Rozner, jetzt in Prag, als Zeuge darüber gehört werden, ob und wann er mit Dimitroff im „Bayernhof“ und in Berlin verkehrt hat.

Auf Antrag des Verteidigers Torglers, des Rechtsanwalts Dr. Sack, sollen als Zeugen vernommen werden der Schneidermeister Effner über den Inhalt des fernmündlichen Gesprächs Torglers mit Dehne, der frühere Reichstagsabgeordnete Kaspar über seine und Torglers Anwesenheit in der Wuhlheide, weiter der frühere Landtagsabgeordnete Kerff über Teilnahme und Vorgänge auf der kommunistischen Versammlung in Düsseldorf vom Jahre 1925, der Kriminalassistent Heller in Berlin darüber, ob Torgler sich freiwillig gestellt hat und schließlich der kommunistische Parteisekretär Kühne und die frühere Reichstagsabgeordnete Frau Reefe.

Außerdem hat der Senat beschlossen, die Strafsakten des Zeugen Ledermann wegen Diebstahls und Raubes und eine Auskunft des Polizeipräsidenten darüber einzuziehen, ob Ledermann zwecks Beobachtung oder dergleichen in einer Anstalt untergebracht war. Es werden dem Antrage des Verteidigers entsprechend auch die Anwesenheitslisten der Reichstagsabgeordneten für die Monate September und Oktober 1930 herangezogen werden.

Der Angeklagte Dimitroff stellt dann eine Reihe von Beweisanträgen. Er beantragt, den Vorsitzenden der holländischen kommunistischen Partei, den Abgeordneten Luis Visser, als Zeugen über das Verhalten von der Tribüne zur Partei zu vernehmen.

Ferner beantragt er die Ladung der von dem Kriminalkommissar Heilig in Holland vernommenen Freunde Lubbes zur Vernehmung über seine Beziehungen zu der sogenannten Gruppe internationaler Kommunisten in Holland.

Der Senat wird über diesen Antrag später beschließen. Als erste Zeugin wird Frau Weiß aus Moskau gehört. Sie spricht verhältnismäßig gut deutsch und leidet den Eid in deutscher Sprache und in der religiösen Form.

Keine Ladung von Dr. Herz und Breitscheid.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Senatspräsident Dr. Büniger verkündete am Freitag vormittag im Reichstagsbrandstifterprozeß die Beschlüsse des Senats zu verschiedenen Beweisanträgen der Verteidigung. U. a. hat der Senat beschlossen, die Anträge Dr. Sacks auf Ladung der früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Herz und Breitscheid abzulehnen, und zwar deshalb, weil das in dem Beweisantrag angeführte Wissen dieser beiden Zeugen über die Persönlichkeit Torglers als zutreffend und wahr unterstellt werden kann.

Der U.S.A.-Delegierte plötzlich aus Genf abgereist.

Der Bevollmächtigte Amerikas auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, hat am Mittwoch Genf verlassen und wird nach den Vereinigten Staaten zurückkehren.

Die Mitteilung hat in Genfer Kreisen größtes Aufsehen erregt und allgemeine Bestürzung hervorgerufen. Wie verlautet, hat Norman Davis den Vorschlag seiner sofortigen Rückkehr der Amerikanischen Regierung telephonisch unterbreitet und in den Abendstunden die Zustimmung hierzu von seiner Regierung erhalten. Norman Davis wird sich also am Mittwoch abend zunächst nach Paris begeben und sich dann am Freitag nach New York einschiffen.

Von amerikanischer Seite wird hierzu offen erklärt, daß die Gründe für die Abreise Norman Davis' in der gegenwärtigen Lage der Abrüstungskonferenz liegen. Die entscheidende Wendung, die in der Konferenzlage durch den deutschen Austritt entstanden sei, mache zunächst eine Klärung der grundsätzlichen Streitfragen zwischen den europäischen Großmächten notwendig. Unter diesen Umständen wolle Norman Davis durch seine Anwesenheit weder einen Druck auf die eine, noch auf die andere Seite ausüben. Die jetzt schwebenden Fragen trügen in erster Linie europäischen Charakter und müßten ohne Mitwirkung der amerikanischen Vertreter bereinigt werden.

Die Amerikanische Regierung wird sich auf der Abrüstungskonferenz in Zukunft durch den Berner Gesandten Wilson vertreten lassen, der selbstverständlich nicht über die weitgehenden Vollmachten verfügt, die Norman Davis besaß.

Dem Schritt der Amerikanischen Regierung muß weittragende Bedeutung beigegeben werden, da die ganze Verantwortung für das Schicksal der Abrüstungskonferenz damit in erster Linie der Englischen und Französischen Regierung zugeschoben wird.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 3. November 1933.
Kraakau - 2,48, Zawichost + 1,40, Warschau + 1,36, Plocl + 1,04, Thorn + 1,12, Wrodon + 1,15, Culm + 1,06, Graudenz + 1,34, Ruzcebrat + 1,46, Biedel + 0,79, Dirschau + 0,70, Emlage + 2,90, Schiewenbock + 2,46.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Pünktlichkeit zugesichert.

Bromberg, 2. November.

Zeitweise aufheiternd.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zeitweise aufheiterndes Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

Wahrt Rührendisziplin!

Vergeht das Eintopfgericht am 5. November nicht!

Unsere lieben Hausfrauen freuen sich gewiß schon wieder auf den 5. November, wo ihnen das „Menü“ wenig Sorge und Arbeit machen wird, denn es gibt selbstverständlich Eintopfesessen. Mann und Kinder müssen schon beizeiten anfangen, ihren Sonntagsmagen auf die schmackhafte, derbe Kost einzustellen und sich daran gewöhnen, daß das übliche Kompott diesmal wegfällt. Am Schluß des Mittagessens dürfen dann alle miteinander rechnen, was wieder gespart worden ist, und die Biotys und Groschen wandern in die Winterhilfsbüchse, in der schon mancher Zwillingsspfennig von den Wintereinkäufen ruht, oder werden besser noch gleich am Montag zu der nächsten Wohlfahrtsstelle gebracht, die sehnsüchtig auf die Ergebnisse des Eintopftages wartet.

Das Bewußtsein, geholfen zu haben, ist die schönste Sonntagsgewinn, bei der die kleine Entbehrung gar keine Rolle spielt. Ebenso wertvoll ist der Gedanke der Volksgemeinschaft, der gerade durch solche Kleinigkeiten gestärkt und vertieft wird. Es ist eine scheinbare Austerität, aber es hat doch seinen starken inneren Wert, wenn in reichen und armen Häusern, im vornehmen Speisezimmer und in der einfachen Wohnküche dasselbe bescheidene Gericht auf dem Sonntagsstisch steht, und wenn alle, groß und klein, dabei von dem gleichen Gedanken und Willen geleitet werden: Wir helfen unseren hungernden Volksgenossen. Wahre Volksgemeinschaft erweist sich als echt, wenn sie sich bewährt als Kameradschaft in Entbehrung und Not. Wie solche Volksgemeinschaft auch außerhalb der Familie bewährt werden kann, beweist z. B. der Vorschlag, den alleinstehende Angestellte gemacht haben. Auch sie wollen an diesem Tage gemeinsam ihr Eintopfgericht verzehren und die dadurch ersparten Groschen für die Winterhilfe verwenden. Hoffentlich findet dieses Beispiel auch sonst noch recht viele Nachahmer.

St. Hubertus-Tag.

Der 3. November ist dem Heiligen Hubertus, dem Schutzpatron der Jäger und Reiter, geweiht. Nach herrlicher Jagd durch den farbenflammenenden Herbstwald, nach gestrecktem Galopp über die braune, mit Birkenholz überfüllte Heide versammeln sich die Jäger im grünen Wams und die Reiter im roten Rock nach altem Brauch zu dem traditionellen Hubertus-Essen. Und bei dieser Gelegenheit, wenn der rotgoldene Herbsttag zur Reize geht und die frühlichen Jäger still und sinnend in die untergehende Sonne schauen, erinnert man sich wohl an die fein gesponnene Wundergeschichte vom Heiligen Hubertus, dem größten Jäger vor dem Herrn. Nach der Geschichte hat Hubertus vor mehr als zwölfhundert Jahren als Bischof in Lüttich gewirkt. Der fromme Mann war aber zugleich ein leidenschaftlicher Jäger und führte Jagdspieß und Armbrust lieber als den Krummstab.

Hubertus, der sich bedeutende Verdienste um die Befreiung der Heiden in den von dichten Wäldern bedeckten Gebieten Nordfrankreichs, Belgiens und an der Mosel erworb, wurde von dem damaligen Papst Sergius I. besonders geschätzt. Die zahlreichen Heiden in Hubertus' Bistum pflegten in den undurchdringlichen Wäldern geheime Opferfeiern zu Ehren der Göttin Diana, der Schutzherrin des Wildes und der Jagd, zu veranstalten. Den Bemühungen des Bischofs gelang es, diese Heiden zu bekehren, so daß unter seiner Schutzherrschaft die religiösen Festlichkeiten zu Ehren der Heiligen Kirche abgehalten wurden. Die Geschichte des Heiligen Hubertus ist eine wunderbare Mischung von Sage und Wirklichkeit. So berichtet die Legende, daß bei der Amtsübernahme des neuen Bischofs, als der Papst ihm eigenhändig die heiligen Gewänder anlegen wollte, die Stola fehlte. Da erschien ein leuchtender Engel und überreichte Hubertus eine prächtige Stola, die ganz mit Goldfäden durchwirkt war. Diese Stola trug der jagdfrohe Bischof auch, wenn er in Wald und Feld umherstreifte. Die strahlenden Goldfäden wurden oftmals vom Blut eines edlen Hirsches durchtränkt und erhielten Wunderkraft. Diese wunderbaren „Hubertuschnüre“ spielen auch in anderen Jägerjagen eine große Rolle. Als die Jagdleidenschaft den Bischof Hubertus so sehr überwand, daß er sich kaum noch um seine geistlichen Pflichten kümmerte, erschien ihm eines Tages auf einem Hirschgang ein schneeweißer Hirsch, der auf dem Geweih ein weißes leuchtendes, goldenes Kreuz trug. Von diesem Tage an ging Hubertus in sich und begann ein seinem hohen Amte entsprechendes Leben, so daß die Kirche ihn später heilig sprach.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen in Bromberg. Die hiesigen Nationaldemokraten haben der Christlichen Demokratie und der Nationalen Arbeiterpartei den Vorschlag gemacht, für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen einen einheitlichen Block zu bilden. Dieser Vorschlag wurde von den beiden Gruppen, an die er gerichtet war, abgelehnt. Diese beiden Gruppen wollen ihrerseits, ohne die Nationaldemokraten, geschlossen vorgehen. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß der Aufmarsch zu den Wahlen in 4 Gruppen erfolgt: 1. Nationaldemokraten, 2. Christliche Demokraten und Nationale Arbeiterpartei; 3. Sanacja und 4. Deutsche. Über die Absichten der polnischen Sozialisten ist noch nichts bekannt.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug am 28. Oktober 211 926 Personen, was einen Anstieg im Vergleich zur Vorwoche um 2988 bedeutet.

Der Verband der Friseurgehilfen hielt am gestrigen Abend eine Versammlung ab, in der gegen das Dissenhalten der Geschäfte protestiert wurde. Es habe sich nämlich die Gewohnheit herausgebildet, daß einige Friseure unter

Umgehung der Vorschriften ihre Geschäfte am Sonntag offen halten und es den Kunden gestatten, durch Seiteneingänge die Läden aufzusuchen. Die Versammlung protestierte gegen ein derartiges Verhalten der Friseure und wies darauf hin, daß gerade die Geschäftsinhaber, die die Vorschriften befolgen, dadurch schwer geschädigt würden. Die Anwesenden verlangten, daß die Behörden strenge Maßnahmen ergreifen, um die Sicherung der Sonntagsruhe auch im Friseurgewerbe zu gewährleisten.

Warte nichts vom Treiben und den Treibern; und das Geräusch auf der Gassen ist, da gehe fürbaß. Wenn dich jemand will Weisheit lehren, so siehe in sein Angesicht, dünket er sich noch, und sei er noch so gelehrt und noch so berühmt, laß ihn und gehe seiner Rundschaft müßig.

Claudius.

Der Schüler-Tennis-Verein (S. T. V.) führte in der letzten Zeit, durch die Ungunst der Witterung mehrfach unterbrochen, sein diesjähriges Abschlußturnier auf den Plätzen des D. T. C., in der Steinstraße, durch. Das Turnier bewies, daß der Schüler-Tennis-Verein in diesem Jahre sich besonders rege gezeigt hat und daß die Mitglieder eifrig Trainingsarbeit geleistet haben. Eine große Reihe neuer Mitglieder konnte schon in diesem, ihrem ersten Turnier sehr beachtliche Erfolge erzielen. So ging Claus Hensel als Sieger in der B-Klasse hervor, der in der Vorkampfrunde Schüh 6:1, 6:0 abfertigte und in der Schlusstrunde nach hartem Kampf mit Kroenke 6:4, 4:6, 6:3 gewann. In der A-Klasse siegte Gerhard Hofmann; die Schlusstrunden dieser Klasse brachten folgende Ergebnisse: Finger—Rademacher 6:4, 6:4; Hofmann—Rademacher 5:7, 7:5, 6:3; Hofmann—Finger 6:4, 6:3.

Zu einem Autozusammenstoß kam es gestern nachmittag an der Ecke Anzianer- und Waisenhausstraße. Dort fuhren eine Autotaxi und das Privatauto des Dr. Siemiakowski aufeinander auf. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die Taxo gegen einen eisernen Mast geschleudert wurde. Beide Wagen wurden so schwer beschädigt, daß sie abtransportiert werden mußten. Personen kamen nicht zu Schaden.

Mit einem raffinierten Gaunertick machte ein Schwindler ein gutes Geschäft. In dem Kolonialwarengeschäft von Mieczyslaw Niemcewski, Chausseestraße (Grunwaldzka) 45 erschien ein gut gekleideter junger Mann, der sich mit dem Namen Wisniewski vorstellte und angab, Lagerverwalter der Rakeler Zuckerrabrik zu sein. Zum Beweis der Richtigkeit seiner Angaben legte der junge Mann auch verschiedene Papiere vor. Im Laufe des Gesprächs erklärte der Fremde, daß die genannte Zuckerrabrik in der Pfarrstraße ein Lager zum Einkauf von billigem Zucker einzurichten gedenke. Da der betreffende Kaufmann Kunde der Rakeler Zuckerrabrik war, entschloß er sich, von der billigen Einkaufsquelle Gebrauch zu machen und fünf Säcke à 100 Kilogramm zum Preise von 530 Bioty anzukaufen. Es wurde ein Wagen herangeholt und man fuhr nach der Pfarrstraße, um die Ware abzuholen. Hier angekommen, ging der angebliche Lagerverwalter in eins der Häuser und kehrte nach einiger Zeit zurück, indem er erklärte, die Anweisung sei schon ausgeschrieben, er müsse jetzt das Geld haben. Der Kaufmann handigte den Betrag von 530 Bioty aus — und wartete lange auf die Rückkehr des Fremden. Erst nach einiger Zeit kam er aus der süßen Doffnung eines billigen Zuckereinkaufs zu der bitteren Überzeugung, daß er einem Schwindler in das Garn gegangen war.

Einen Selbstmordversuch unternahm gestern in der Bärenstraße ein 36jähriger Mann. Er kaufte in der dort gelegenen Apotheke eine Flasche Salzsäure, die er, kaum daß er die Straße wieder betreten hatte, austrank. Er stürzte sich in Schmerzen windend auf das Straßenpflaster. Man schaffte ihn mit Hilfe der Rettungswache in das Städtische Krankenhaus, wo eine Auspumpung des Magens vorgenommen wurde.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Das Stat- und Bridgeturnier des D. T. C., das ursprünglich für den 9. November vorgesehen war, ist auf den 25. November verlegt worden. (7890)

Im Kreise Wirsig.

wird, wie es im amtlichen Kreisblatt heißt, die Stadtverordnetenwahl am 26. November in folgenden Städten durchgeführt: Rakel, Kobjens, Mrottschen und Wissef. Die Wählerlisten müssen vom 11. bis 17. November täglich fünf Stunden ausliegen. Die Kandidatenlisten sind bis zum 15. November einzureichen. Am 20. November muß die Hauptwahlkommission die gültigen Listen bekanntgeben. Näheres über die Wahl werden wir noch veröffentlichen. Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle Nekegaw, Bromberg, ul. 20 stycznia (Goethestraße) 2.

Erone (Koronowo), 2. November. Die bei Erbrachen den Schweinefall des Besitzers Alfred Jäger in Marthashaufen und entwendeten ein Schwein von 120 Pfund Gewicht. — Ferner wurden dortselbst bei dem Besitzer Glosik zwei Paar Schuhe und eine Menge Lebensmittel gestohlen. — Eingebrochen wurde ferner bei der Witwe Brückmann hier selbst, wo ein vollständiges Bett, zwei Kissen und ein Winterpaletot im Werte von zusammen 500 Bioty entwendet wurden.

Czarnikau (Czarnków), 2. November. In letzter Zeit sind in hiesiger Stadt eine Anzahl Einbrüche verübt worden, ohne daß es gelang, der Täter habhaft zu werden. Jetzt ist es gelungen, ein Einbrechertrio zu fassen und hinter Schloß und Riegel zu bringen; es sind dies die Burschen Bastia, Tschlof und Nowak. Durch Verkauf gestohlener Gegenstände und Einwechseln gestohlener deutschen Geldes hatten sie sich verächtlich gemacht und konnten nun endlich unschädlich gemacht werden.

Gnesen (Gniezno), 2. November. Ein Einbruch verübt wurde in die Wohnung der Frau Lina Deutschmann. Die Täter wurden durch die Nachbarn bemerkt

Reichstagswahl und Volksabstimmung und Reichsdeutsche im Ausland

Die im Auslande ansässigen deutschen Reichsangehörigen, die sich am Wahltage in Deutschland aufhalten, sind zur Teilnahme an der Reichstagswahl und Volksabstimmung berechtigt.

Reichsdeutsche, die in Polen ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt haben und beabsichtigen, zur Wahl am 12. November nach Deutschland zu fahren, erhalten auf Antrag, dem sie den gültigen deutschen Reisepaß beizufügen haben, den erforderlichen Stimmschein bei der zuständigen deutschen Konsularbehörde.

und vertrieben. — Dem Besitzer Sytek aus Welnica bei Gnesen wurde in einer der letzten Nächte der Kasten vor einem Arbeitswagen gestohlen.

Z. Inowroclaw, 2. November. Selbstmord durch Erhängen verübte am Sonntag nachmittag in der Scheune seiner Eltern ein 19jähriger Sattlerlehrling aus Broniemierz Malu hiesigen Kreises. Der Grund zu der Tat ist unbekannt.

In der Feldscheune des Gutes Rucemo hiesigen Kreises wurde am Sonntag die Leiche eines Mannes gefunden, die als die des 46jährigen verheirateten Einwohners von Gr. Neudorf hiesigen Kreises Franciszek Ledakowski festgestellt wurde. Die Untersuchung ergab, daß der Tote an dem betreffenden Tage zur Arbeit in die Zuckerrabrik Tucano gefahren war, er unterwegs aber einen Schwächeanfall erlitt und zur Scheune ging, wo er in wenigen Minuten einem Herzschlag erlag.

+ Lissa, 2. November. Der Kartoffelkrebz wurde im Garten bei der Brennerei in Kłoda, Kreis Lissa, auf einem Landstück von der Größe eines Hektars festgestellt. Das erwähnte Terrain ist als krebzverseucht und das gesamte Land der Gemeinde und des Gutes Kłoda als krebzbedroht erkannt worden. Jegliche Ausfuhr von Kartoffeln ist verboten.

Auf dem Anwesen des Landwirts Kreischner in Bojanowo ereignete sich ein tödlicher Unglücksfall. Das einjährige Söhnchen Hans fiel während der Abwesenheit der Eltern in einen Wassertrog und ertrank.

Wudewitz (Pobiedziska), 2. November. Gestohlen wurden dem Landwirt Waligorski in Jankowo aus dem verschlossenen Stall von unbekanntem Täter 25 Hühner und 8 Zuchtgänse.

es Mrottschen (Mrocza), 2. November. Zu einem schweren Unfall kam es in Ragrod. Als der Fleischermeister Ernst Wenske jun. aus Mrottschen in der Nähe der Haltestelle der Bahn wegen Viehkaufs verhandelte, ließ er die Pferde allein. Diese wurden, als eine Lokomotive aus Wandsbürg vorbeikam, scheu und liefen über den Übergang, welcher keine Schranken hat. Die Pferde wurden von der Maschine erfaßt und getötet. Der Schaden, welchen Wenske erleidet, beträgt ca. 800 Bioty.

1. Rakel, 2. November. Der wütende Sturm hat in unserer Stadt großen Schaden angerichtet. Unter anderem wurde der Baum um das Fabrikgelände von Wardzinski mit den Pfählen vollständig niedergeworfen. Gleichfalls sind diverse Gartenzäune mit den Pfählen aus der Erde gerissen.

o Wogrowitz, 2. November. Als der Förster der Förster der Durowoer Forst einen Rundgang durch sein Revier machte, fand er in einem Dickicht die Leiche eines Mannes mit durchschossener Schläfe. Die Untersuchung ergab, daß man es mit der Leiche des Rechtskonsulenten Stamber zu tun hat, der sich selbst die tödliche Wunde beibrachte.

Der Krakauer Raubmord.

Der Prozeß gegen das Krakauer Raubmörderpaar Malisz, das den Geldbrieft Träger Przebinda und das Dienstaar Süßkind ermordet hatte, hat in Krakau am Dienstag im Sondergerichtsverfahren begonnen und wurde auch am Allerheiligen-Tage fortgesetzt. Das Interesse an der Verhandlung war außergewöhnlich stark. Die Krakauer Postdirektion war mit einer Zivilklage in Höhe von 18 600 Bioty hervorgetreten, die dem Geldbrieft Träger bei diesem Attentat geraubt worden waren. Das Gericht lebte jedoch gleich zu Beginn des Prozesses die Zivilklage ab, da die Behandlung solcher Forderungen im Gesetz über die Sondergerichte nicht vorgesehen ist. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der Verteidigung, die Prozeßsache dem gewöhnlichen Gericht zu überweisen, mit der Begründung, Malisz sei Psychopath und seine Frau infolge Vernachlässigung in der Erziehung für die Tat nicht voll verantwortlich. Das Gericht machte sich den Standpunkt der medizinischen Sachverständigen zu eigen, die ganz entschieden die Ansicht vertraten, daß beide Angeklagte die Tat in vollem Bewußtsein begangen hätten und sich über die Tragweite des Verbrechens vollständig klar gewesen seien.

Der Angeklagte Malisz, der erst 25 Jahre alt ist, bekannte sich zur Schuld. Er schilderte die Vorbereitung des Raubplanes, meinte aber, daß er getötet habe, ohne sich darüber Rechenschaft zu geben. Die Schuld nimmt er vollständig auf sich und betont, daß seine Frau nicht gehoffen habe. Wenn sie dies behauptet, so tue sie dies den Tatsachen zuwider, um mit ihm gemeinsam am Galgen zu sterben. Bei der Vernehmung über die Geschehnisse am Tatort und über die Teilnahme seiner Frau verwickelte sich jedoch der Angeklagte in Widersprüche. Die Vernehmung des Angeklagten nahm fast den ganzen Tag in Anspruch. Die Frau des Mörders, Maria, legte gleichfalls ein Geständnis ab, versicherte aber, daß sie allein den Plan der Beraubung des Briefträgers ausgedacht habe. Den Verlauf der Tat schilderte sie in der Weise, daß sie sich noch mehr belastet und ihren Mann zu entlasten versuchte.

Chef-Redakteur: Gottfried Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heppke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prządowski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 253.

Bommerellen.

2. November.

Graudenz (Grudziadz).

Bekämpfung ansteckender Geflügelkrankheiten.

Zur amtlichen Organ des Landkreises Graudenz veröffentlicht der Starost eine Bekanntmachung, betreffend die Bekämpfung der Geflügelcholera und -pest.

Die neu zu wählende Stadtverordnetenversammlung wird sich, anstatt bisher aus 42 Mitgliedern, aus 40 Stadtverordneten zusammensetzen.

Ein erschütternder Unglücksfall trug sich am Dienstag im Hause Courbierestraße (Kosciuszki) 14 zu.

Ein diebischer Käufer. Im Kolonialwarenladen der Frau Fuchs, Oberthornerstraße (Sąw Maja) erschien kürzlich ein junger Mann, um ein Brot, ein halbes Pfund Butter und ein Pfund Hafersflocken zu kaufen.

Thorn (Toruń).

Achtung, Hausbesitzer!

Das Finanzamt (Urząd Skarbowy) versendet jetzt im November die Mieterlisten (Spis Wokatorów), die ausgefüllt und bis zum 15. d. M. in den Briefkästen geworfen werden müssen.

Die Listen sind wie folgt auszufüllen: Rubrik 1: Wohnungsnummer des Wohnungsinhabers (bei Waden das Wort "Eilep").

Der Wasserstand der Weichsel erfährt in den letzten 24 Stunden eine Abnahme um 5 Zentimeter und betrug Donnerstag früh bei Thorn 1,16 Meter über Normal.

Unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit fanden dieser Tage vor dem Appellationsgericht zwei Verhandlungen wegen Verrats von Staatsgeheimnissen statt.

Verfahren vom Bezirksgericht in Thorn zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Die Revisionsverhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

Wieder zwei Fahrrad-Diebstähle an einem Tage. Vom Rathhaushof verschwanden zwei Fahrräder, die Jan Górniak und Maksymilian Wrus dort unbeaufsichtigt stehen gelassen hatten.

Unter dem Verdacht von Fahrraddiebstählen wurden fünf Personen in Polizeiarrest genommen. Eine Person wurde wegen Herumtreibens auf eisenbahnfalschem Gebiet der Burgstarostei zugeführt.

Wegen fahrlässiger Körperbeschädigung hatte sich der Arbeiter Josef Smola aus einem Städtchen bei Sosnowice vor dem Thorer Appellationsgericht als Revisionsinstanz zu verantworten.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Coppernicus-Verein. Auf den Vortrag des Hochschulpfessors Dr. La Baume-Danzig am Sonnabend, 8. Uhr, im Deutschen Heim wird nochmals hingewiesen.

h Gorzno (Gorzno), 2. November. Am Dienstag, 21. d. M. findet hier ein Krammarkt statt.

Der Besitzersfrau Veronika Sojnowska in Czarny-Brynst wurde nachts ein Schwein im Werte von 80 Zloty gestohlen. Die Diebe sind noch nicht ermittelt.

Thorn.

Seite nachmittag 3 Uhr entriß uns der unerbittliche Tod unser einziges, über alles geliebtes Kind, unser ganzes Glück Harald Kling im blühenden Alter von 13 Jahren 5 Monaten.

Graudenz.

Billige Bücher für wenig Geld. Der Verkauf wird am Montag, dem 6. November geschlossen. Es ist die höchste Zeit diese günstige Gelegenheit, wertvolle und billige Weihnachts- und Gelegenheits-Geschenke zu erwerben.

Kirchl. Nachrichten. Sonntag, den 5. Nov. 1933. Groß-Bösendorf. Born. 10 Uhr Gottesdi., 11 1/2 Uhr Kinder-gottesdi., Freitag.

Todes-Anzeigen auf Bogen und Karten in den verschiedensten Ausführungen liefert sofort am Tage der Bestellung Justus Wallis Papierhandlung Toruń, Szeroka 34.

Kirchliche Nachrichten. Sonntag, den 5. Nov. 1933, 21. Sonntag n. Trinitatis. Evangel. Gemeinde Graudenz. Born. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Gürtler.

Deutsche Bühne Grudziadz G. B. Sonntag, d. 5. Nov. 33, 19 Uhr im Gemeindehaufe. Die große Chance. Lustspiel in 3 Akten von Alfred Möller und Hans Lorenz.

Zum Frauentag

am Nachmittag war die Zahl der Teilnehmer, besonders der Frauen, noch beträchtlich gewachsen. In seiner Begrüßung wandte sich Generalsuperintendent D. Blau hauptsächlich an die Mitglieder der evangelischen Frauenhilfen, deren Arbeit für das kirchliche Leben von besonderer Wichtigkeit ist, an die Gutsfrauen und Gutsknechte, die ihre Verantwortung für Volksgemeinschaft und Kirche kennen, und an die Mitglieder der Jungmädchenvereine. — Pfarrer Lic. Borweg aus Danzig schilderte sodann im ersten Vortrag Luthers Stellung zum Volk. Luther war als Bauernsohn ein rechtes Kind des Volkes und kannte es aus eigenem Erleben aufs genaueste. Er fühlte sich so stark als Glied des Volkes, daß es ihm niemals in den Sinn kam, nur seine eigene Seligkeit zu suchen, sondern daß er stets auch um sein Volk und um die Seele seines Volkes geringen hat. Höher als die Einheit der Kirche stand ihm die Einheit und Freiheit seines Volkes. Er wollte keine nationale Religion, wohl aber eine nationale Kirche. Damit nahm er Gedanken auf, die im deutschen Volke schon vorher lebendig waren, schon zurzeit als den Germanen das Christentum gebracht wurde. Luthers großes Geschenk an das deutsche Volk ist, daß er ihm das Evangelium in deutscher Sprache und Art wieder vermittelt hat. Bibel, Gesangbuch und Katechismus sind seit dem die wertvollsten Besitztümer des deutschen evangelischen Volkes. In der Gegenwart werden lutherische Gedanken, auch Luthers Gedanken über das Volkstum wieder lebendig. Die neue Kirche will und soll versuchen, in rechter Verbundenheit mit dem Volk auch die dem Volk gemäße Sprache der Verkündigung zu finden. Mit Recht sei zwischen den Vorträgen des Männer- und Frauentages geschieden worden, denn der Staat sei Männerfrage, für Reinhaltung und Aufrechterhaltung des Volkstums aber sei in erster Linie die Frau verantwortlich.

Den zweiten Vortrag hielt Pfarrer Pirwitz aus Bromberg über das Thema „Der evangelische Christ im Volk“. Er wies nach, daß Rasse, Blut und Boden, Sprache und gemeinsame Geschichte das Volkstum begründen. Der Christ ist nicht nur Glied seiner Volksgemeinschaft, sondern zugleich Glied des Volkes Gottes. In diese Ordnungen hat ihn Gott hineingestellt, und kein Christ darf Gottes Gesetz ausweichen. Das irdische Volk wird ihm zur herrlichen Schöpfung Gottes. Damit sind ihm auch die Pflichten gegen Rasse, Blut und Boden gewiesen. Reinheit der Ehe, der Wille zum Kinde und Treue zum Volkstum sind Waffen, mit denen die Gefahr einer Vermischung oder Verleugnung des Volkstums bekämpft werden können. Der rechte Christ ist dankbar für die Sprache, die ihm Gott geschenkt hat und in der er beten lernte. Aber mit dem Geschenk sind ihm zugleich Aufgaben gestellt, unter denen für uns in erster Linie die Schulnot unserer Kinder genannt sei. Alle Organisationen unserer Volksgemeinschaft, unsere geselligen Zusammenkünfte und Feste müssen erfüllt werden mit den Kräften des Evangeliums, die allein dem Volkstum ewige Werte verleihen.

Die Worte der beiden Redner ergänzte wiederum Generalsuperintendent D. Blau durch eine Schlußansprache, in der er Frauen und Mütter auf ihre besonderen Aufgaben hierzulande hinwies. Auch am Nachmittag erklangen kernige Worte aus Luthers Schriften, die Treffendes zu dem Thema zu sagen hatten.

Trotz des reichlich ausgefüllten Tages war auch der Volksmissionsabend gut besucht. Pfarrer Zellmann aus Schroda stellte seine erste Ansprache unter das Thema „Der Anspruch des Evangeliums“.

Mit Schnee und Regen begann der zweite November, so daß leise Befürchtungen entstanden, die Jugend vom Lande würde sich durch das schlechte Wetter zurückhalten lassen und nicht in so großer Zahl wie sonst zum

Jugendtag

erscheinen. Aber schon auf dem Wege zur Kreuzkirche begegnete man zahlreichen Gruppen frischer Jugend, Jungen und Mädchen, die durch die Teilnahme am Jugendtag ihr Bekenntnis zur Kirche sichtbar beweisen wollten. Darum stand auch der Jugendtag im Zeichen der Kirche. „Luther und die Kirche“ hieß das erste Thema, das infolge einer Erkrankung von Dr. Hans Koch aus Wien dankenswerterweise Konsistorialrat Hein aus Posen noch in den letzten Tagen übernommen hatte. Er stellte seinen Hörern den jungen Luther vor Augen und zeigte seine innere Not, in der allein das Wort Gottes eine Wendung brachte und ihn dazu frei machte, sich und die Kirche ganz auf das Wort und auf Jesus Christus zu stellen. Die äußere Gestaltung der Kirche war für Luther unwesentlich und eine Sache der Vernunft. Darum kämpfte er gegen die Bilderstürmer und rettete mit dem Worte Gottes die junge, werdende evangelische Kirche. Diese Stellung Luthers zur Kirche gilt auch heute noch für die Gegenwart, in der ebenfalls das Evangelium und nur das Evangelium Grundlage und Wesen der Kirche sein will.

Pastor Steffani aus Thorn wendete sich im zweiten Vortrag an die evangelischen Christen in der Kirche. Alles, was er sagte und als Forderung aufstellte, galt der unierten evangelischen Kirche in Polen, deren Jugend vor ihm saß. Wir gehören der Kirche an, weil wir in sie hineingeboren sind, weil uns diese Kirche im Christenstande erpogen und geleitet hat. Dafür sind wir der Kirche dankbar wie wir unserer Mutter dankbar sind. Es gibt kein Christentum, das zwischen den Kirchen und vor den Kirchen steht. Mit ernster Mahnung rief der Redner der Jugend eine Reihe von Forderungen zu, die die Kirche der Jugend stellt.

Gleicherweise mahnte Generalsuperintendent D. Blau, der auch diese Versammlung leitete, die Jugend als die Söhne und Töchter der unierten evangelischen Kirche, sich in der Kirche zusammenzuschließen, der Kirche und ihrem Bekenntnis die Treue zu halten und sich zu bewahren als die Zukunft der Kirche, die sie einstmalig verantwortungsvoll tragen soll. Auch diesen Vormittag gestalteten die Bekenntnislieder der Jugend, die von Jugendpastor Brauer gehaltenen Morgenfeier und die verlesenen Lutherworte zu einer großen evangelischen Kundgebung.

Alljährlich bildet der Jugendgottesdienst am Nachmittag des Jugendtages einen besonders erhebenden Abschluß der kirchlichen Woche. Fast konnte die schöne große Kreuzkirche die Scharen der Jugendlichen, die immer noch herzuströmten, nicht fassen. Posaunen, Sprecher und Singchor der Posener Jugendvereine hatten sich zusammengefaßt, um die Liturgie mit ihren Liedern und Psalmen zu bereichern. Den Altardienst versah Pfarrer Smend aus Laßküh, der am Schluß mit der Gemeinde Luthers Lobgesang „Herr Gott, dich loben wir“ sang. Das Thema der Predigt von Pfarrer Dinkelmann aus Zinsdorf hieß „Rechte Entscheidung macht frei und reich“ und knüpfte an die Jesuworte aus Markus 6, 27—34 „Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und nach seiner Gerechtigkeit“, darin gipfelt die Forderung Jesu und daran knüpft er die Verheißung: „So wird euch solches alles zufallen“. Der Prediger wandte sich an die heutige arbeitslose und hoffnungslose Jugend, die das Sorgen schon viel zu früh gelernt hat. Auch sie muß von Luther lernen, den Sorgengeist abzuwerfen, sich ganz unter Gottes Befehl unterzuordnen und durch diese Entscheidung frei zu werden von der Knechtschaft des äußeren Sorgens, frei zu werden für den Dienst, den Gott von ihr fordert. Auch hier hielt wieder Generalsuperintendent D. Blau die Schlußansprache und rief mit dem Moseswort „Her zu mir, wer dem Herrn angehört“ die Jugend zur Entscheidung, zur Sammlung und zur Beugung unter den Herrn auf.

Volksmissionsabend

Den eigentlichen Abschluß gab auch diesmal wieder der zu dem sich noch eine zahlreiche Gemeinde in der Paulikirche eingefunden hatte. Nach seinem ersten Vortrag über

Unkraut, das in keinem Naturkundeunterricht kennenzulernen war. Den Pflug, den dort drüben der Bauer durch die braune Erde führt. Ein Vogel in den beiden Eichen, die den Weg so stattlich flankieren. Neuland, Neuland.

Als der Gruppenführer pfeift, hopst einer über seinen Spaten und brüllt: „Feierabend“. Lachend, singend und wie selbstverständlich in Reihen marschieren sie ab. Nur der Kleine, den sie wegen seiner Brille „Doktor“ nennen, wirft verstohlen einen Blick zurück über die paar Meter aufgereißener Grasnarbe: Das erste Tagewerk!

Wenn sie diesen Weg dreihundertmal an- und abmarschieren sind, dann ist er endgültig „ihr“ Weg geworden. Und ist es doch dann bald nicht mehr.

Sein Wachsen sehen sie täglich. Bald ist es selbstverständlich geworden. Wie den anderen das drüben die Flußregulierung. In seine Wasser sehen sie erst vorsichtig, dann immer ihre nackten Füße. Der Bagger vor ihnen riß und riß und immer weiter ging der zähe Marsch.

Als es trotz der Stiefel und doppelter Strümpfe zu kalt im Wasser war, hatten die Jungen ein Bauernjahr von der Saat bis zur Ernte um sich erlebt. Wolte man sich nicht wieder in die Erde und Untätigkeit des Stempels in der Stadt, hatte man sich ein Mädchen kennengelernt, um dessenwillen es sich lohnte, hier draußen in Wetter und Wind auf dem Acker zu stehen...

Benige Schritte nur und über die geschulterten Spaten fliegt ein fröhliches Marschlied mit der Kolonne.

Erst sind es nur ein paar Minuten bis zum Lager. Mit jedem Tage aber dehnt sich der Weg, den sie bauen, und bald brauchen sie eine halbe oder eine ganze Stunde. Doch das Lager lockt und im Lager das ordentliche Mittagessen.

Wilhelm hat gestern abend mit der ersten Kameradschaft Kartoffeln geschält. Er weiß, daß es heute — sein Magen dreht sich schon vor Freude umeinander — Kotelett und Kartoffeln gibt. Das und die Freude über einen Tag frischer Luft und frischen Schaffens fördern den Rückmarsch erschleicht.

Drei „Büge“ zum Mittag sind keine Seltenheit. „Sie schlagen sich voll“, tadelt der Führer. Aber nach zwei bis drei Wochen ist das vorüber, sie waren zu ausgedehnt.

Nun bräunen sich schon die nackten Körper. Bald geht's in der Badehose zur Arbeit. Die Spatenstiele sind braun geworden, die Hände rissig. Sie haben gelernt, mit Hacke und Schaufel umzugehen. Sie können Grasstücke stechen, Flusspflähe einschlagen, Baumwurzeln heben, wissen einen Fallwinkel und eine Grabensohle anzulegen. Was sie nicht können, gucken sie sich gegenständig ab. Und sicher und bedächtig gibt der technische Meister seine Anweisungen.

(Fortsetzung folgt)

den Anspruch des Evangeliums wies Pfarrer Zellmann diesmal hin auf die Kraft, die das Evangelium verleiht.

Noch am Donnerstag abend, zum großen Teil aber erst Freitag früh, verließen die Hunderte von Teilnehmern, die von außerhalb gekommen waren, wieder die Stadt, dankbar für alles Gehörte, dankbar für die Gelegenheit zur Sammlung und zum Zusammenschluß, in denen Volksgemeinschaft und Glaubensgemeinschaft sich lebendig erwies. Den gastlichen Posener Gemeinden sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Die Gastgeber haben aber nicht nur gegeben, sondern mehr noch selbst in diesen Tagen empfangen, wofür sie ebenfalls dankbar sein dürfen.

Nun naht der Luthergedenktag. Die Luthertage der kirchlichen Woche wollten die Herzen rüsten, diesen Tag in rechtem Luthergeist zu feiern und Luthergeist auch in Zukunft zu wahren und zu beweisen.

(Schluß.)

Büchertisch.

Luther-Zibel.

Von Paul Schüt.

Ganzleinen Rmf. 3,50, Kart. Rmf. 3,00, Bibl. Gottl. Korn-Verlag, Breslau.

In diesem Buche spricht Luther noch einmal in unsere Zeit hinein von Gott, vom Menschen und vom Christen, von Obrigkeit, vom Kriege und Frieden, vom Staat, von Kirche und Wirtschaft. Aber auch von Schöpfung und von Tod, vom Antichristen und vom Ende der Welt.

Nicht dem Studium Luthers dient diese Zibel, sondern dem Kampf um Luther als einer gegenwärtigen Macht. Sie faßt auf gedrängtestem Raum den „Luther an uns“ zusammen. Ist Martin Luther noch ein Schicksalsname der Deutschen? Rührt sein Wort noch an das Herz unserer Besten mit der Kraft jener Stimme, in der die Begegnung des Propheten mit Gott selbst sich dem Hörer bezeugt?

Diese Luther-Zibel will der gegenwärtigen Stunde und dem lebendigen Menschen dienen. Aus ihr spricht Martin Luther mitten hinein in unsere Zeit zu dem vielbeschäftigten Laien, dem denkenden Arbeiter und Bauern, dem jugendlichen Vorkämpfer des neuen Deutschland auf der Hochschule und in der Werkstatt. Jede andere Absicht, vor allem literarischer oder wissenschaftlicher Art, liegt ihr fern. Der Verlag hat deshalb die Herausgabe in die Hand eines Mannes gelegt, der im praktischen Gemeindepfarramt steht und seit Jahren am Kampfe um die religiöse Erneuerung teilnimmt.

Briefkasten der Redaktion.

Emil P. in K. L. Es wird zweifellos an Ihrem Wohnorte oder in Ihrem Kreise eine Vorschrift bestehen, auf Grund deren Sie zur Stellung Ihrer Pferde zu Böschweden verpflichtet sein werden. Für einen Schaden kommt nicht die freiwillige Feuerwehr sondern entweder die Gemeinde oder der Kreis auf. 2. Der Ehemann der Mutter Ihres Pfleglings kann durch Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde (das ist der für ihn zuständige Regierungspräsident) dem Kinde mit Einwilligung des Kindes und der Mutter seinen Namen erteilen. Die Erklärung des Ehemannes sowie die Einwilligungserklärungen des Kindes und der Mutter sind in öffentlich beglaubigter Form abzugeben. Sie als Vormund des Kindes erteilen für dieses die Genehmigung; diese muß schriftlich und öffentlich beglaubigt sein. Die öffentliche Beglaubigung erfolgt durch Urkundsbeamte bei dem Sad gradak oder durch einen Notar. Da diese Urkunde aber für deutsche Behörden bestimmt ist, muß sie wieder von der für Sie zuständigen Polizei beglaubigt sein. Zur Änderung des Namens des Kindes im handelsamtlichen Register ist zunächst von einem der Beteiligten (z. B. der Mutter) ein Antrag an das Standesamt, bei dem das Kind bei der Geburt eingetragen ist, zu stellen, am Rande der über den Geburtsfall vorgenommenen Eintragung zu vermerken, daß eine Namensänderung eingetreten ist. Dieser Antrag ist dem Standesamt mit der Benachrichtigung über die staatlich genehmigte Namensänderung einzureichen. Sie bleiben bis zur erfolgten Adoption des Kindes dessen Vormund. Es empfiehlt sich, vor der Überlieferung des Kindes dem Vormundschaftsgericht von dem Plane bezüglich des Kindes Mitteilung zu machen.

„Alter Abnonnen“. 1. Eine in deutscher Goldmark eingetragene Hypothek unterliegt überhaupt nicht der Aufwertung, sondern muß voll bezahlt werden. 2. Die Steuerbehörde ist bevorzugte Konkursgläubigerin, u. zw. rangiert sie nach der Konkursordnung an zweiter Stelle, gleich hinter den Dienstbesitzenden der Personen, die im Dienste des Gemeindefiskus standen; darunter auch Tagelöhner, Gärtner usw. Die Bevorzugung der Steuerbehörde bezieht sich aber nur auf Forderungen, die im letzten Jahre vor der Eröffnung des Konkursverfahrens fällig geworden sind.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 5. November.

Deutschlandsender. 06.35: Hafenkonzert. 08.00: Stunde der Scholle. 08.55: Morgenfeier. 11.00: Helmut D. Wegener: Frühstück. 11.15: Seewetterbericht. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantate. 12.05: Mittagsbüchchen. 13.00: Konzert. 14.00: Egon v. Kapher erzählt Jagdgeschichten. 14.30: Ansprache zur Parole des Tages. 14.35: Jugendstunde. 15.00: Kinderliederabend. 15.30: Eine Stunde ländlicher Unterhaltung und Freude in Wort und Ton. 16.35: Von München: Vesperkonzert. 17.15: Fußball-Länderkampf Deutschland-Norwegen. 18.05: Der Regensburger Domchor singt. 19.10: Kleines Schallplattenkonzert. 19.30: „Familienrat“. Ein Kurzspiel. 20.00: Kammerorchester-Konzert. 21.00: Tanz der 14. Gabel. 22.00: Nachrichten. 23.00: Nacht- und Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz. 06.30: Konzert. 08.30: Schallplatten. 09.10: Lieberstunde. 10.00: Evangelische Morgenfeier. 11.30: Bach-Kantate. 12.05: Konzert. 14.35: Großtage der Photographie. 15.00: Kinderfunk. 15.35: Mutter und Kind. 16.00: Konzert. 16.55: Denkmäler deutscher Tonkunst. 17.35: Konzert. 19.05: Deutschlandsender. Fußball-Länderkampf. 19.35: Wetter. Anshl.: Baruthe. 20.00: Musikkonzert. 23.00—24.00: Von München: Nachtmusik.

Königsberg-Danzig. 06.35—07.50: Konzert. 08.00: Katholische Morgenfeier. 09.00: Evangelische Morgenandacht. 11.30: Lieberstunde. Heinz Martin, Berlin, Tenor. 12.05: Konzert. 14.00: Adolf Hitler spricht. 15.15: Unterhaltungskonzert. 17.15: B. Deutschlandsender: II. Halbzeit des Fußball-Länderkampfes Deutschland-Norwegen. 18.00: Deutschland verteidigt seinen Rechtsstandpunkt in Versailles. 18.20: Kammermusik für Bläser. 18.55: Ansprache zur Parole des Tages. 19.00: Divertissement Kompositionen. 20.00: Dunier Abend. Laßt Blumen sprechen! Kleiner Weißfaden der Botanik. 22.00: Nachrichten. Anshl. bis 24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Leipzig. 06.35: Schallplatten. 08.30: Ev. Morgenfeier. 10.15: Chorkonzert. 10.45: Gottfried Benn spricht. 11.30: Bach-Kantate. 15.35: Hansmusik. 16.10: Blaskonzert. 17.15: E. Deutschlandsender. 18.20: Cabarett (Schallplatten). 20.00: „Eva, Sie sehen so reizend aus“. Aus Operetten. 22.00: Nachrichten. 23.00—24: Nacht- und Tanzmusik.

Warschau. 09.20: Schallplatten. 09.40: Schallplatten. 11.45: Religiöse Musik (Schallplatten). 12.10: Wetter. 12.15: Beethoven-Konzert. 14.25: Schallplatten. 15.20: Salonmusik. 16.30: Große Künstler (Schallplatten). 17.15: „Polnische Hochzeit“, Volksstücke von Homowicki. Funkauf. „Dsch.“, Dir.: Der Komponist. 18.00: Hörspiel. 18.40: Arien und Lieder. 19.50: Drei Revuesterne vor dem Mikroskop: Mira Ziminska, Krufowski und Walter. 22.25: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

Spatenjungens!

Ein Tag.

Von Johannes Schumann.

Zum ersten Male knirscht der neue blanke Spaten in die Erde.

Da liegt der Weg, der eine Straße werden soll. Da der Bach, den sie regulieren. Morgen Sonne. Der Schachtmeister gibt die ersten Anweisungen. Er ist ein älterer Mann, hat selbst zwei Jungen daheim. Seine tiefe Stimme klingt immer wie ein „Freudig, freudig, Jungens!“

Bis die Sonne hochgestiegen, ist schon der wesentliche Teil der körperlichen Arbeit geschafft. Dann kommt der Koch mit der großen Blechwanne voll Tee und einem unheimlichen Berg dicker Brotkrumen mit dem kleinen Handwagen angezuckelt. Im Handumdrehen hat sich am Wagen ohne Befehl und ohne Aufregung die Schlange der Arbeitsfreiwillingen aufgebaut, die rasch und unter fröhlichen Scherzen ihr Brot und den Schuß Tee in den Trinkbecher empfangen.

Und während sie im Schatten der beiden Eichen lauen und sich lachend ihre ersten Schwielen zeigen, sagt einer mit dem Blick auf das schlichte, ebene, grünende und ärmliche Land ringsum: „Schön hier!“

Das fühlen die anderen auch. Die Spatenjungens haben Erdfühlung.

Es ist ungewohnte Arbeit. Nur die beiden ungelerten Arbeiter unter ihnen haben beim Ausschachten von Häusern mitgemacht. Die anderen, die Handwerker, kennen den Spaten eigentlich nur von dem bißchen Gartenarbeit beim Meister oder im Schrebergarten. Aber hier heißt es ununterbrochen stechen und schaufeln.

Das Netteste ist das Ausheben von Grasstücken. Sie werden aufgestapelt und sollen später die Böschung stützen. Beim Ausheben arbeiten immer zwei miteinander und der eine zieht zur Erleichterung des Unterstichs mit einem Strick den Spaten des anderen mit. Das macht ihnen Spaß.

Heinrich, der blaße Buchhalter, darf dem Techniker vom Bauamt beim Rivellieren helfen. Die kleinen Holzpföde, die sauber einer hinter dem anderen eingeschlagen werden, erinnern ihn an die geraden Zahlenkolonnen seines Kontokorrentbuches. Ach, er will nicht daran denken.

Und er braucht es auch nicht. Denn in diesen ersten Tagen der Arbeit im Freien, der Arbeit in der neuen Gemeinschaft der Arbeitsfreiwillingen gibt es für ihn und für jeden ja soviel Neues zu sehen. Steine, die springen, wenn der Spaten im Sande auf ihnen knirscht. Merkwürdiges

Wo war Torgler am Brandabend?

Berlin, 2. November.

Nachdem in der Mittwoch-Verhandlung des Reichstagsbrandstiftungs-Prozesses Senatspräsident Dr. Büniger dem Angeklagten Dimitroff den Beschluß des Gerichts vorgelesen hatte, nach welchem Dimitroff für die Mittwoch-Sitzung ausgeschlossen werde und abzuführen sei, wird als erster Zeuge der Kriminalassistent Spieß vernommen. Er sagt aus, Frau Torgler habe ihm die Wohnung geöffnet und auf seine Frage nach Torgler geantwortet:

„Mein Mann befindet sich in der Provinz auf Reisen!“

Gegen 8 Uhr kam ein telephonischer Anruf. Frau Torgler ging an den Apparat. Der Zeuge hörte, daß von einer Frauenstimme angerufen wurde, die offenbar ein Zusammentreffen mit Frau Torgler verabreden wollte. Frau Torgler antwortete: „Ich habe unerwartet Besuch bekommen, ich kann jetzt nicht.“ Gegen 10 Uhr kam ein zweiter Anruf, wieder von einer Frauenstimme, Frau Torgler sagte: „Der Besuch ist immer noch da, ich kann nicht kommen.“

Der Angeklagte Torgler erklärt zu dieser Aussage, seine Frau habe sehr wohl annehmen können, daß er in der Provinz auf Reisen sei. Er habe sich nämlich verpflichtet, in dieser Woche vor der Reichstagswahl Versammlungen in der Provinz abzuhalten.

Oberreichsanwalt: Es ist außerordentlich auffallend, daß Torgler, obwohl er Telefonverbindung hat, nicht selbst seine Gattin anrief, daß er auch am Vormittag, als er damit rechnete, längere Zeit nicht nach Hause zu kommen, nicht selbst seiner Frau Mitteilung machte. Torgler: Ich habe in Leipzig schon angekündigt, daß ich an dem Vormittag selbst angerufen habe, etwa um 10 Uhr. Reichsanwalt Parrisius: Ich frage den Zeugen, ob er von diesem Gespräch etwas bemerkt hat? Zeuge: Es sind nur zwei Telefongespräche geführt worden und es war beide Male eine weibliche Stimme.

Dann wird Frau Torgler selbst vernommen. Sie wird vom Vorsitzenden gefragt, ob sie ausfragen wolle. Frau Torgler erklärt sich dazu bereit und behauptet, zu Frau Kasper und Frau Kühne geäußert zu haben, daß Polizei bei ihr im Hause sei. Zwischen ihrer Aussage und der des Kriminalbeamten ist keine Übereinstimmung zu erzielen, zumal Frau Torgler behauptet, der Zeuge Spieß irre sich auch in der Zeitangabe. Ihr Mann habe angerufen, und da habe sie ihm schon gesagt, daß die Polizei dagewesen sei. Die Beamten seien also zu dieser Zeit schon aus dem Hause gewesen.

Als nächster Zeuge wird der Kriminalassistent Hoßmann vernommen, der am 28. Februar früh den kommunistischen Fraktionssekretär Kühne in seiner Wohnung verhaftet hat. Er habe Kühne in seiner Wohnung in Pankow getroffen und sofort festgenommen. In einem kleinen Zimmer der Wohnung habe er einen Mann getroffen, der wohl eben aufgestanden war und in Hemd und Hose da stand. Ich fragte Kühne, wer das sei. Darauf sagte Frau Kühne: Das ist Besuch, woraufhin ich den Mann nicht mehr behelligte. Vorsitzender: Haben Sie denn nicht gefragt, wer dieser Besuch war? Zeuge: Nein, dazu hatte ich eigentlich kein Recht. Ich hatte ja nur den Befehl, Kühne festzunehmen. Vorsitzender: Wenn Sie erfahren hätten, daß der Mann Torgler war, hätten Sie ihn also auch nicht festgenommen? Zeuge: Nein.

Als nächster Zeuge wird der Journalist Zimmermann aus Karlsdorf vernommen. Er macht Bekundungen über ein Zusammentreffen mit Torgler in der Straßenbahn kurz vor dem Reichstagsbrand. Torgler habe ihn gefragt: Was halten Sie von den heutigen Verhältnissen? Ich sagte: Die Angelegenheit ist ja geklärt. Torgler schaute dann so in Gedanken aus dem Fenster, und ich hatte den Eindruck, daß er mit Beziehung auf einige braune Uniformen, die draußen gingen, sagte:

Es bereitet sich allerhand vor,

es ist dicke Luft. Wenn das Fanal ausleuchtet, so werden sich die Herrschaften in ihre Mantelöcher verkriechen. Der Zeuge hält es für wahrscheinlich, daß die Begegnung am Donnerstag, dem 23. Februar, war. Als er am Dienstag vor dem Reichstagsbrand las, war ihm diese Begegnung in greifbarer Nähe.

Der Vorsitzende erjucht den Angeklagten Torgler, sich zu der Aussage zu äußern. Torgler erwidert: Herr Präsident, ich wundere mich, daß ein Mensch, der Anspruch auf Intelligenz erhebt, es wagt, dem höchsten deutschen Gericht eine solche Ausgeburt der Phantasie vorzusetzen. Einer solchen Trottelei mich für fähig zu halten, bekommt nur ein kleiner Scherl-Reporter fertig.

Der Vorsitzende greift energisch ein und unterjagt dem Angeklagten derartige Beleidigungen und meint weiter: Das Wesentliche ist, ob im Verlaufe des Gesprächs der Ausdruck „Fanal“ gefallen ist.

Torgler: Ich habe gar nicht daran gedacht, mich in dieser Weise mit dem Zeugen zu unterhalten. Ich habe mit ganz anderen Herren der deutschnationalen Fraktion gesprochen, die für die politische Fragen kompetenter als Herr Zimmermann waren. Da wird festzustellen sein, daß gerade ich die damalige politische Situation genau kennen mußte und daß es gerade für mich der größte Irrsinn gewesen wäre, wenn ich nicht alles getan hätte, um ein solches Attentat, wie den Reichstagsbrand, mit allen Mitteln zu verhindern, weil ich wissen mußte, daß diese Aktion, wenn sie politische Auswirkungen hatte, sich ausschließlich gegen die KPD richten würde.

Vorsitzender: Dazu wird im politischen Teil Gelegenheit sein.

Sprengversuche in der Wuhlheide.

Als Zeuge wird dann der Bergmann Kunzack vernommen, dessen Vereidigung einstweilen ausgesetzt wird. Kunzack ist schwer vorbestraft. Er war früher bei der USPD, und seit Anfang 1932 in der KPD. Aus dieser wurde er Anfang 1932 ausgeschlossen. Während der illegalen Zeit der Partei hat er auch Kurierdienste geleistet.

Kunzack bekundet, daß, als der Gefängnisvorsteher den Reichstagsbrand bekanntgab, auch der Name von der Lubbe gefallen sei. Er habe sich daran erinnert, daß er auf einer Konferenz in Düsseldorf im Jahre 1925 mit einem Lubbe zusammengewesen sei. Der Leiter dieser Versammlung sei Heinz Neumann gewesen. Ferner wären

weiter drei Holländer erschienen, unter ihnen van der Lubbe. Dieser sei der Versammlung mit den Worten vorgestellt worden, daß man in Holland jetzt den Aufbau im Sinne des KKB. (Rotfront-Kämpferbund) vornehmen wolle.

Van der Lubbe habe sich bereit erklärt, die Jugendbewegung aufzubauen und später einmal deren Leitung zu übernehmen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob in dieser Versammlung von Terror gesprochen worden sei, erwidert der Zeuge, der Terror sei nicht direkt empfohlen worden, man habe aber gesagt, jedem Terror müsse der schärfste Terror entgegengekehrt werden.

Die Vernehmung des Zeugen, der seine Aussage recht unsicher und stockend macht, wird dann auf seine früheren Bekundungen über eine

Sprengstoffhöhle

in der Wuhlheide geleitet. „Ich bekam“, sagt der Zeuge, „im September 1930 von der Partei die Zustellung, daß ich nach Berlin kommen sollte. Auf dem Bahnhof Wuhlheide haben mich drei Genossen empfangen. Vom Bahnhof Wuhlheide sind wir an der Bahn entlang gegangen, haben dort eine Siedlung durchquert und sind dann in ein Gehöft gekommen, wo eine Wohnung vorhanden war. Wir marschierten in das Holz hinein und kamen an eine Stelle, wo ein Unterstand war, eine Grube, die oben zugebaut war. Durch eine Klappe konnte man in die Grube steigen, nachdem die Leiter hineingestellt war. Dann trat der Oberfeuerwerker in Funktion. Die Genossen, die von auswärts waren, sollten mit hinunterkommen. Es gingen immer je drei Mann hinein. Es lagen schon eine Reihe von Gasrohrstücken bereit, die wohl mit einem Stoff gefüllt waren und zur Explosion gebracht wurden. Der Knall war nicht besonders stark. Es entstand auch nicht viel Rauch. Im ganzen wurden acht solche Röhren zur Entzündung gebracht. Kasper, der aber nicht unten war, kam hinzu, ehe wir hineingingen. Er kam aus der entgegengesetzten Richtung und sagte nachher,

ob wir einigermaßen im Bilde wären.

Vorsitzender: Wer war noch dabei?

Zeuge: Meines Erachtens dem Aussehen nach Torgler.

Vorsitzender: Woher kennen Sie Torgler?

Zeuge: Ich kannte ihn vom Sehen, Kasper auch.

Vorsitzender: Ist es nun Torgler? — Zeuge: Meines Erachtens: ja!

Vorsitzender: Wurde gesagt, was für Objekte in die Luft gesprengt werden sollten? — Zeuge: Nein, das hat er nicht gesagt.

Vorsitzender: Hat er nicht von öffentlichen Gebäuden gesprochen?

Zeuge: Ja, davon hat er gesprochen.

Vorsitzender (energisch): Ich muß alles aus Ihnen herausziehen, sagen Sie doch, was passiert ist. Sie sind doch wiederholt vernommen worden und müssen das in Erinnerung haben.

Zeuge: Der Feuerwerker hat die verschiedenen Mengen und Maße angegeben und die verschiedenen Wirkungen auseinandergesetzt.

Wenn es so weit wäre, sollte man nichts schonen, sondern wo es möglich sei, öffentliche Gebäude an erster Stelle in die Luft sprengen.

Uns wurde dann noch ein Buch über die Zusammenstellung der Terrorgruppen ausgehändigt, in dem geschildert wurde, wie und auf welchem Wege vorgegangen werden soll. Das Buch habe ich der Polizei übergeben.

Vorsitzender: Hat der Oberfeuerwerker auch etwas von Brandstiftungen gesagt?

Zeuge: Nein!

Vorsitzender: Früher haben Sie gesagt, der Mann habe erklärt, daß die Aktion sich vornehmlich auf öffentliche Gebäude zu erstrecken hätte. Wenn solche Sprengungen nicht möglich seien, sollte man zu Brandstiftungen übergehen. Jetzt sagen Sie, von Brandstiftungen habe er nicht gesprochen.

Zeuge: Das hat er nicht im Zusammenhang gesagt, sondern nahher für sich.

Vorsitzender: Ach, reden Sie hier doch nicht vom Zusammenhang. Ich habe Sie ganz einfach gefragt, ob er von Brandstiftungen gesprochen habe, und da haben Sie mit nein geantwortet. Jetzt, nach meiner Vorhaltung, sagen Sie es wieder anders. Ich weise Sie darauf hin, daß unter dem, was Sie heute ausgesagt haben, eigentlich nichts war, was Sie aus sich herausgesagt haben, sondern, daß Sie das meiste ausgesagt haben auf meinen Vorhalt Ihrer früheren Aussagen. Das ist zwar zulässig, aber es stellt nicht das Normale dar. Ein Zeuge muß das, was er aussagt, von sich heraus sagen. Es fällt mir auf, daß Sie hier immer erst etwas sagen, wenn Ihnen vorgehalten wird, was Sie früher gesagt haben. Was ist denn nun wahr? — Ich habe keine Frage mehr an diesen Zeugen.

Angeklagter Torgler: Der Zeuge sagt, daß er mich kenne. Wo haben Sie mich kennengelernt?

Zeuge: In Ihrem Bureau und in Versammlungen.

Torgler: Wo war mein Bureau? — Zeuge: Im Karl-Liebknecht-Haus. — Torgler: In welchem Stockwerk? — Zeuge: Im zweiten Stockwerk. Jedenfalls habe ich Torgler persönlich und genau gekannt.

Torgler: Also im zweiten Stockwerk des Karl-Liebknecht-Hauses hatte ich mein Bureau, das haben Sie doch gesagt?

Zeuge: Ob Sie Ihr Bureau dort hatten, habe ich nicht gesagt.

N. A. Dr. Saß: Ich habe aber genau verstanden, daß der Zeuge sagte „In Ihrem Bureau“. Dann hat er die Lage des Bureaus im Karl-Liebknecht-Haus geschildert.

Zeuge: In seinem Bureau habe ich ihn nicht aufgesucht. Ich habe ihn wohl mal im Karl-Liebknecht-Haus getroffen.

Torgler: In welchen Versammlungen haben Sie mich gehört?

Zeuge: In der „Neuen Welt“ in Neukölln im Jahre 1930 und früher.

Torgler: Ich stelle fest, daß ich nur einmal im Saale der „Neuen Welt“ gesprochen habe, und zwar 1925, seit dem nicht wieder.

N. A. Dr. Saß: Es ergibt sich aus einer Darstellung der Verwandten des Angeklagten van der Lubbe, daß dieser im Januar oder Februar 1925 gar nicht in Düsseldorf gewesen sein kann. Morgen werde ich auch Beweisanträge stellen bezüglich der Anwesenheit der früheren Abgeordneten Kasper und Kerff.

Darauf wird als Zeuge der Kriminalassistent Staneck vernommen, der im Auftrage des Kriminalkommissars Heilig den Zeugen Kunzack wiederholt eingehend über die Sprengversuche in der Wuhlheide vernommen und das Ergebnis dieser Vernehmungen protokolliert hat. Der Zeuge wiederholt die Angaben, die Kunzack bei der Vernehmung gemacht hat. Der Zeuge hat mit Kunzack die Wuhlheide aufgesucht, um die Höhle ausfindig zu machen. Kunzack konnte aber die Stelle nicht finden. Auch das Haus in der Siedlung, in dem die Leiter untergestellt worden war, konnte er nicht auffinden. Ehe wir in die Wuhlheide fuhren, bin ich noch einer anderen Bekundung von Kunzack nachgegangen. Kunzack hatte von einem Keller in der Petri- oder Fischerstraße erzählt, in dem Brandproben gemacht worden sein sollten. Wir fuhren deshalb durch diese Straßen, als Kunzack plötzlich den Inhaber dieses Kellers namens Thormann auf der Straße gehen sah. Ich ließ sofort das Haus feststellen, in dem Thormann tatsächlich einen Keller hat. Bei der Gegenüberstellung stellte sich heraus, daß Thormann auch Kunzack kannte, aber unter einem anderen Namen. In diesem Keller sollten Brandproben stattgefunden haben. Thormann tritt es eigentlich nicht ab. Er mußte zugeben, daß Kunzack mit anderen Kommunisten zusammen in diesem Keller war. Er wollte aber persönlich an den Versuchen nicht teilgenommen haben. Kunzack sprach auch von einem Eisenbahnarbeiter namens Barnack, der dabei gewesen und Material geliefert haben sollte. Ich habe mir von Kunzack diese Brandproben schildern lassen und er sagte:

es wäre ein Brennmaterial in Tafelform zur Verfügung gewesen, mit dem sowohl Brennschmelze als auch Versuche gemacht wurden.

Bei der einen Masse hatte das Böschchen mit Wasser nichts genügt, im Gegenteil schlugen die Flammen dann hoch.

Angeklagter Torgler: Zu den letzten Aussagen habe ich zu erklären: ich habe niemals in meinem Leben Herrn Kunzack kennengelernt, auch nichts mit ihm zu tun gehabt. Ich bin nie in meinem Leben zu Sprengversuchen in der Wuhlheide gewesen, ich weiß auch nichts von einer solchen Höhle oder von Sprengstoffen. Ich habe nie mit Sprengstoffen zu tun gehabt, es sei denn 1915 im Kriege mit behelfsmäßigen Handgranaten. Ich bin auch mit Kasper nicht zusammen in der Wuhlheide gewesen. Alles, was Kunzack gesagt hat, kann also in keiner Hinsicht und in keinem Falle der Wahrheit entsprechen. Im Oktober und November 1930 war ich tatsächlich im Reichstag. Am 13. und 14. Oktober trat damals der neue Reichstag zusammen und hat sich lange Zeit intensiv mit den Bräunlingischen Notverordnungen beschäftigt. Ich bin damals vormittags und nachmittags im Reichstag gewesen.

Vorsitzender: Sie haben gehört, was der Angeklagte gesagt hat. Wollen Sie trotzdem erklären, daß nach Ihrer Überzeugung Torgler und Kasper zugegen waren? (Zeuge: Ja.) Gilt diese Erklärung für Kasper und Torgler gleichmäßig? — Zeuge: Ja, das gilt für beide gleich.

N. A. Dr. Saß überreicht Beweisanträge, nach denen auch alle die Personen vernommen werden sollen, mit denen Torgler in der Brandnacht und am nächsten Morgen telefoniert hat, darunter auch N. A. Dr. Kurt Rosenfeld.

Der Oberreichsanwalt hat gegen die Ladung von Kasper und Kerff keine Einwendungen, hält aber die Vernehmung der Zeugen für die Telefongespräche für überflüssig. N. A. Dr. Kurt Rosenfeld sei überdies im Auslande und nicht erreichbar.

Freies Geleit für Zeugen.

N. A. Dr. Saß: Der frühere Rechtsanwalt Rosenfeld ist an sich bereit, nach Deutschland zu kommen. Er lebt zur Zeit in Paris. Seine Adresse ist mir bekannt. Er ist einer der wenigen dort wohnenden Deutschen gewesen, die mir gegenüber ihr Vertrauen zum Reichsgericht ausgesprochen haben. Ich möchte den hohen Senat bitten, zu überlegen, ob nicht die rechtliche Möglichkeit geschaffen werden kann, daß der Zeuge hier zu seiner Vernehmung erscheine. Ich habe bereits selbst die Frage geprüft, ob man die gesetzliche Bestimmung über das freie oder sichere Geleit, das einem Beschuldigten gewährt werden kann, hier analog anwenden kann auf die Ausübung der Zeugenpflicht eines Deutschen, der im Ausland weilt und Besorgnis hat, hierher zu kommen. Ich glaube, die analoge Anwendung dieser Bestimmung wird nicht möglich sein. Ich kann mir aber vorstellen, daß, wenn der hohe Senat erklärt, daß er zum Zwecke der Urteilsfindung über den Eindruck, den der Zeuge macht und wie er seiner Zeugenpflicht genügt, die Vernehmung dieses Zeugen für notwendig hält, daß dann unsere politischen Stellen von sich aus dem Zeugen die Gewähr bieten, die sonst durch richterliche Maßnahmen geschaffen wird.

Es fragt sich, ob in diesem Zeitpunkt nicht auch Stellung genommen werden muß, inwiefern andere Zeugen, die sich in ähnlicher Situation wie Rosenfeld befinden, vernommen werden können. Da kommt zunächst in Frage die frühere Abg. Frau Reese, die vor einem Straßburger Notar in einer Aussage ihr letztes Zusammenhinken mit Torgler am Brandtage geschildert hat. Weiter handelt es sich um den früheren Parteisekretär Kühne. Es kommen aber auch in Frage der frühere sozialdemokratische Parteisekretär Dr. Herb und der frühere sozialdemokratische Abg. Dr. Breischeld, die vor der Londoner Kommission erklärt haben, daß sie nach ihrer persönlichen Kenntnis der Tätigkeit des Abg. Torgler ihm die ihm zur Last gelegte Tat nicht zutrauen. Wenn der hohe Senat zu meinem Voranschlag bezüglich des Dr. Rosenfeld Stellung nimmt, könnte also auch geprüft werden, inwiefern die Aussagen auch der andern von mir erwähnten Personen von Wichtigkeit sein könnten.

N. A. Dr. Leichert teilt mit, daß der als Zeuge genannte Jakob Kohnert in Prag lebe und bereit sei, bei Zusage freies Geleit vor dem Reichsgericht zu erscheinen.

Der Oberreichsanwalt behält sich seine Stellungnahme zu diesen Fragen vor. Er erklärt, das Gericht könne nur freies Geleit erteilen für Dinge, die zu seiner Zuständigkeit gehören, für die Verfolgung strafbarer Handlungen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Getreidemarkt der Woche.

Auf dem Weltmarkt trat infolge einer Umschwung ein, als die Preise vielfach sich nicht mehr zu ihrem Nachteil verändert haben. Der Hauptstoß ist von Amerika ausgegangen, wo sich die Landwirtschaft gewiegt hat, zu den billigen Preisen Weizen abzugeben. Außerdem mögen auch viele Ausfuhrer für die neue Ernte dabei mitsprechen. Die Weizenpreise konnten dort wieder 10-15 Prozent gewinnen. Die effektiven Preise, die in Rotterdam gezahlt wurden, haben sich wiederum nicht gebessert, weil von Russland, Australien und auch Ungarn immer noch große Mengen auf den Markt geworfen werden. Auch Roggen war vernachlässigt und nur in kleinen Mengen gehandelt worden. Ungarischer Roggen wurde in der letzten Woche mit holl. Gulden 1,8-1,9 angeboten, was gegenüber dem Preis nach der Ernte, der bei holl. Gulden 2,7-2,8 stand, einen wesentlichen Unterschied bedeutet. Der deutsche Getreidemarkt liegt nach den geschätzten Bestimmungen für Roggen und Weizen soweit in den Preisen fest.

Der Inlandsmarkt wies keine nennenswerte Besserung auf. In Roggen war das Angebot nach wie vor vorhanden und wurde fast ausnahmslos von der staatlichen Getreiderversorgung aufgenommen. In verschiedenen Stellen haben die Militärbehörden wieder einige Posten gekauft. Durch einige größere Abflüsse der staatlichen Getreiderversorgung mit Amerika konnten verschiedene Lager wieder etwas entlastet werden. In Weizen wurde die Nachfrage vorübergehend etwas größer. Die tatsächlich gezahlten Preise konnten leicht anziehen, da der Mehlabsatz aber weiter sehr schwer ist, so lagen die Preise der Woche wieder unverändert auf demselben Basis. Sollte das Angebot von den Produzenten durch die niedrigen Preise wieder zurückhaltender werden, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Preise in derselben Weise anziehen. Gerste war weiter wenig gefragt. Die Absatzmöglichkeiten nach dem Auslande haben sich noch verschlechtert. Auch die Brauereien haben nur die beste Ware und auch davon nur sehr wenig aufgenommen. In Hafer war die Situation auch unverändert. Das Angebot war in diesem Artikel kleiner, ebenso verhält sich auch die Nachfrage.

Das Zwangsartell der Hütten-Industrie.

Der Wille der polnischen Industrie ist durchgedrungen. Die oberösterreichische Hüttenindustrie war seit Jahren ein Schmerzenskind für Warschau, das man wohl mit wirtschaftspolitischen Rezepten zu füttern vorgab, es in Wirklichkeit aber in eine besondere politische Schute schiden wollte. In der Öffentlichkeit sind die Gegenströmungen zwischen den Tendenzen in Warschau und denen der oberösterreichischen Industrie niemals recht klar hervorgetreten. Aus mangelnden Gründen nicht. Die verwickelten Zustände Oberösterreichs wurden zumeist von den amtlichen Stellen sehr geschickt ausgeglichen und letzten Endes war die oberösterreichische Industrie ihrer Herkunft wegen das Ziel für die giftigen Pfeile einer besonderen politischen Richtung der polnischen Presse und Öffentlichkeit. Man hat es oft zugegeben, daß nicht rein wirtschaftliche Momente im Kampfe mit der oberösterreichischen Hüttenindustrie das Hauptwort sprechen. Wir erinnern daran, daß in der letzten Sejmession Handelsminister Jarczyk bei der Aussprache über das Budget des Handelsministeriums eine scharfe Attacke gegen diejenigen polnischen Herren richt, die als Aufsichtsratsmitglieder für den oberösterreichischen Konzern es im Laufe der Jahre nicht vermocht haben, eine klare Polonisierung zu erreichen.

Nach langen und schweren Verhandlungen ist jetzt eine Form gefunden worden, in die sich die oberösterreichische Hüttenindustrie einleiten müssen. Es soll ein Zwangsartell der oberösterreichischen Hüttenindustrie gebildet werden. Die einschlägige Verordnung ist bereits im "Dziennik Ustaw" veröffentlicht. Aus den Bestimmungen dieser Verordnung geht hervor, daß der Minister für Industrie und Handel das Recht hat, eine Zwangsvereinigung zu gründen, die sowohl den Absatz im Inlande wie im Auslande regelt und eine Kontrolle über den Verkauf von Rohstoffen ausübt. Der Minister für Industrie und Handel hat ebenso das Recht, den bereits bestehenden industriellen Vereinigungen der Hüttenindustrie den Charakter einer Zwangsorganisation zu verleihen. Die Verordnung bezieht sich auf alle Walzwerke.

Den Hüttenindustrien werden besondere Gebühren auferlegt, die zur Förderung der Ausfuhr von Hüttenenergieprodukten dienen sollen. Diese Gebühren dürfen pro Tonne nicht den Unterschied zwischen dem Preise am Inlandsmarkt und zwischen dem Exportpreise übersteigen. Die Verordnung regelt ferner die Lagerbestände in der Form, daß sie niemals die Höhe einer einmonatigen Leistungsfähigkeit des Betriebes übersteigen dürfen. Die Pflicht, einen größeren als diesen Lagerbestand zu bilden, wird nur dann auferlegt, wenn das Unternehmen entsprechende Staatskredite in Form von Lagerlombards erhält.

Durch diese Verordnung scheidet der Regierung das Recht zu, eine Zwangsartellierung für die gesamte Hüttenindustrie durchzuführen.

Ford gibt nach.

In seinem Kampfe gegen den Automobilkönig Ford glaubt General Johnson einen Erfolg buchen zu können. Wie von der Rira mitgeteilt wird, hat Ford sich bereit erklärt, der Automobilkammer bis zum 6. oder 7. November einen Bericht über die Arbeitszeit in seinem Betrieb und die dort gezahlten Löhne zu erstatten, wie das in dem Statut für die Automobilindustrie vorgegeben ist.

Ford-Montagewerke in Gdingen?

In Gdingen schweben Verhandlungen zwischen den Fordwerken und den zuständigen polnischen Stellen über die Errichtung einer größeren Niederlassung der Fordwerke. In Herstellung im engeren Sinne ist dabei nicht gedacht, sondern vielmehr an eine Montagefabrik. Bezüglich der von Gdingen aus zu beliefernden Märkte ist in erster Reihe an das polnische Absatzgebiet gedacht, man hört jedoch, daß daneben noch verschiedene weitergehende Projekte erörtert werden. Die Verhandlungen sind allerdings noch nicht zum Abschluß gekommen, da sich Schwierigkeiten hinsichtlich der von den Fordwerken geforderten weitgehenden Vergünstigungen auf dem Gebiete der Einkommensteuer und der sozialen Leistungen ergeben haben.

Schlechte Getreideablieferungen in Russland.

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Ablieferung des Getreides durch die Staatsgüter unbefriedigend ist. Nach den letzten Angaben haben den Getreideablieferungsplan bis zum 20. Oktober erst zu 63,4 v. H. ausgeführt; sie sind hinter den Kollektivwirtschaften bedeutend zurückgeblieben. Da der Getreideablieferungsplan für die Staatsgüter nachträglich um 0,7 Mill. Tonnen auf insgesamt 2,5 Mill. Tonnen erhöht worden ist, haben sie bis zum 20. Oktober an den Staat insgesamt 1,58 Mill. Tonnen abgeliefert. Besonders unbefriedigend ist die Getreideablieferung im Oktober gewesen, bis zum 20. wurde der Monatsplan von den Staatsgütern nur zu 22 v. H. ausgeführt.

Firmennachrichten.

Verent (Koscierzyna). In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen des Kaufmanns Leon Studziński in Verent ist ein Termin für den 24. November 1933, 9 Uhr, anberaumt worden.

v Karthaus (Kartuz). Zwangsversteigerung des in Bukowiec gelegenen und im Grundbuch Bukowiec, Blatt 71, auf den Namen der Emilia Luca Szatkowska eingetragenen Grundstücks (31,11,15 Hektar mit Gebäuden) am 18. Dezember 1933, 10 Uhr, im Bürgerrecht, Zimmer 5.

v Karthaus (Kartuz). Zwangsversteigerung des in Kartuz gelegenen und im Grundbuch Kartuz, Blatt 303, auf den Namen der Jadwiga Witoklaska geb. Byczkowska eingetragenen Grundstücks von 0,06,14 Hektar (mit Gebäuden) am 8. Januar 1933, 10 Uhr, im Bürgerrecht, Zimmer 9.

v Karthaus (Kartuz). In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma „Znoda“ (p. z. ogr. odnow.) in Kartuz ist Gerichtsschreiber Kazimierz Chmielecki zum Konkursverwalter ernannt worden.

v Karthaus (Kartuz). In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma „Gurtownia Tomarow Kolonijakow Kazimierz Gucjalski in Kartuz“ wurde Gerichtsschreiber Kazimierz Chmielecki in Kartuz zum Konkursverwalter ernannt.

v Reutskid (Wejherowo). Zahlungsausschub beantragte die Firma M. Napieral in Reutskid. Berathungstermin am 14. November 1933, 10 Uhr, im Bürgerrecht, Zimmer 12.

Keine dilettantischen Projekte.

Dr. Schacht über Deutschlands Kredit- und Währungspolitik.

Aus Berlin wird uns Folgendes geschrieben:

Der Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht hat sich in der außerordentlichen Generalversammlung der Reichsbank, in der die Änderungen des Bankgesetzes und der Satzung der Notenbank beschlossen wurden, in sehr bemerkenswerter Weise über die von ihm inaugurierte offene Marktpolitik geäußert. Dr. Schacht sagte unter anderem:

Verglichen mit der Notenbankgesetzgebung anderer Länder war das bisherige Reichsbankstatut außerordentlich eng gefasst. Wohl konnte die Reichsbank Lombarddarlehen auf gewisse Wertpapiere geben, aber diese Lombarddarlehen konnten nicht Gegenstand der Notendeckung bilden, so daß die Ausdehnung des Lombardverfahrens in den sonstigen Mitteln der Reichsbank ihre engen Grenzen fand. Die sogenannte sekundäre Notendeckung, also die nicht-metallische Deckung war auf die Handelswechsel beschränkt. Wir finden diese Begrenzung bei fast keiner ausländischen Notenbank. Bei den meisten der ausländischen Notenbanken fehlt der Begriff der sekundären Deckung überhaupt und nur die metallische Deckung bis zu einem gewissen Prozentsatz ist gesetzlich vorgeschrieben. Bei der Bank von England und bei der Federal Reserve Bank von New York machen die Anlagen in Wertpapieren hauptsächlich in Regierungsanleihen, Schatzscheinen und Schatzwechseln ein Vielfaches der Wechselanlagen aus, aber auch die Notenbanken z. B. in Frankreich, Italien, Schweden und Japan sind alle ermächtigt, Regierungs- und ähnliche Anleihen teils direkt anzukaufen, teils zu beleihen. Die Schrumpfung der Umläge, die infolge der Weltwirtschaftskrise nicht nur auf dem deutschen, sondern auch auf dem Weltmarkt eingetreten ist, hat nun ganz erschicklich dazu beigetragen, daß das in normalen Zeiten anfallende Volumen an Handelswechseln ganz erheblich zurückgegangen ist.

Diese beiden Faktoren sind der wesentliche Grund dafür gewesen, daß mit der Bankenkrise vom Sommer 1931 die Reichsbank notgedrungen Wechsel hereinnehmen mußte, die keine Handelswechsel mehr waren, sondern künstlich hergestellte Finanzwechsel. Ich vermute hier kein Geheimnis und möchte auch gar kein Geheimnis daraus zu machen, daß auch heute noch ein sehr erheblicher Teil des Reichsbank-Portefeuilles aus solchen Finanzwechseln besteht.

Hätte die Reichsbank zu jeder Zeit schon die ihr jetzt gegebenen Vollmachten gehabt, so wären eine Reihe von Hilfskonstruktionen, die man damals machen mußte, voranschicklich überflüssig gewesen.

Das Schweregewicht des Geld- und Kreditmarktes hat sich durch die krisenhafte Entwicklung der letzten Jahre erheblich verlagert. Wer die Wochenansweise der Reichsbank verfolgt, muß immer wieder auf die Erscheinung stoßen, daß trotz aller kurzfristigen Kreditanspruchnahme der mannigfachen Stellen der Notenumlauf der Reichsbank relativ gleichgeblieben ist. Und in einem Augenblick, wo die ganze Welt immer wieder schreit, daß Deutschland einer Inflation entgegensteht, ergibt der statistische Nachweis, daß zwar in Frankreich, Belgien, Schweiz, Holland und den Vereinigten Staaten der Zahlungsmittelumsatz - zum Teil nicht unwesentlich - höher liegt als am Ende des Jahres 1929, daß aber in Italien, und in Deutschland das Gegenteil der Fall ist. Es zeigt sich jedenfalls,

daß die Kapitalbildung und die Finanzierungs-bereitschaft innerhalb der deutschen Wirtschaft genügend zureicht, um die Notenbank vor einer ungebührlichen Inanspruchnahme zu bewahren.

Es ist aber kein wünschenswerter Zustand, daß ein so erheblicher Teil der volkswirtschaftlichen Finanzierung sich lediglich kurzfristig abspielt. Es wird deshalb die Aufgabe einer sorgfältigen Notenbankpolitik sein müssen, dahin zu wirken, daß ein Teil dieser sich ständig erneuernden kurzfristigen Finanzierung in den langfristigen Geldmarkt hinübergeleitet wird. Die Maßnahmen der Reichsbank sind dahin gegangen, bereinigte Verhältnisse für die Zukunft zu schaffen und die Abschreibung der Verluste zu ermöglichen. Diesem Ziel dient in erster Linie das Gesetz über die kommunale Umschuldung. Dieses Gesetz bietet dem Gläubiger anstelle einer höher verzinslichen, aber unsicheren Forderung eine etwas niedriger verzinsliche, aber durchaus gesicherte Forderung. Es taugt gleichzeitig diese eingeforenen

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Politi" für den 3. November auf 5,9244 Zlotn festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Politi beträgt 5% der Lombard-satz 6%.

Der Zlotn am 2. November. Danzig: Ueberweisung 57,63 bis 57,74, Bar 57,67-57,79, Berlin: gr. Scheine 46,925-47,325, Wien: Ueberweisung 79,25, Zürich: Ueberweisung 57,85, Mailand: Ueberweisung 213,00, London: Ueberweisung 28,00.

Warschauer Börse vom 2. Novbr. Umlag, Verkauf - Kauf, Belgien 124,28, 124,59 - 123,97, Belgrad -, Budapest -, Bularest -, Danzig 173,33, 174,76 - 172,90, Helsingfors -, Spanien -, Holland 359,30, 360,20 - 358,40, Japan -, Konstantinopel -, Kopenhagen 123,80, 124,40 - 123,20, London -, 27,55, New York 5,73, 5,76 - 5,70, Oslo -, Paris 34,86, 34,95 - 34,77, Prag 26,43, 26,49 - 26,37, Riga -, Sofia -, Stockholm 142,85, 143,55 - 142,15, Schweiz 172,65, 173,08 - 172,22, Wien -, Italien 46,90, 47,02 - 46,78.

London Umsätze 27,68-27,70.

Freihandelsturs der Reichsmark 212,45.

Berlin, 2. November. Amtl. Devisenkurse, New York 2,702-2,708, London 13,005-13,045, Holland 169,03-169,37, Norwegen 65,38 bis 65,52, Schweden 67,08-67,22, Belgien 58,44-58,56, Italien 22,05 bis 22,09, Frankreich 16,40-16,44, Schweiz 81,12-81,28, Trajan -, bis -, Wien 48,05-48,15, Danzig 81,57-81,73, Warschau 47,025-47,225.

Die Bank Politi zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,70 Zl., do. kl. Scheine -, 3l., 1 Pf. Sterling 27,51 Zl., 100 Schweizer Franken 171,97 Zl., 100 Iran. Franken 14,72 Zl., 100 deutsche Mark 209,50 Zl., 100 Danziger Gulden 32,65 Zl., säch. Krone -, 3l., österr. Schilling -, 3l. holländischer Gulden 357,90.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 2. November. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 48,50 v. H., 4 1/2proz. Dollar-Fandbriefe der Posener Landschaft (5,05) 37-36,50 +, 4 1/2proz. Gold-Dollarbriefe der Posener Landschaft 40 +, 4proz. Konvert.-Fandbriefe der Posener Landschaft 36 v. H. Tendenz ruhig. (W. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produitenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 2. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zlotn:

Transaktionspreise:		
Roggen	345 to	14.75
Safer	45 to	13.75
	15 to	13.80

Richtpreise:			
Weizen	18.75-19.25	Senf	-
Roggen	14.50-14.75	Blauer Mohr	58,00-62,00
Gerste 695-705 kg	13.75-14,00	Weizen- u. Roggen-troh, lose	-
Gerste 675-685 kg	13.25-13,50	Weizen- u. Roggen-troh, gepreßt	-
Braugerste	15.75-16,50	Safer- und Gersten-troh, lose	-
Safer	13.75-14,00	Safer- und Gersten-troh, gepreßt	-
Roggenmehl (65%)	20,75-21,00	Senf, lose	-
Weizenmehl (65%)	30,50-32,50	Senf, gepreßt	-
Weizenkleie	9,25-9,75	Reheheu, lose	-
Weizenkleie (grob)	10,25-10,75	Reheheu, gepreßt	-
Roggenkleie	10,00-10,50	Sonnenblumen-tuchen 46-48%	18,50-19,50
Viktoriaerbsen	21,00-25,00	Sojabohnen	23,00-23,50
Folgererbsen	22,00-25,00	Ries, rot	160,00-180,00
Sommerweide	15,00-16,00	Ries, weiß	80,00-120,00
Beluchsen	14,00-15,00	Ries, gelb	-
Leinfuchsen	18,00-19,00	ohne Schalen	90,00-110,00
Wintertraps	39,00-40,00	Gesamtrendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingnngen:	
Rapsfuchsen	15,00-15,50	Roggen 455 to	Weizen 75 to
Speisefartoffeln	2,45-2,70	Gerste 90 to	Safer 39 to
Fabrikartoffeln pro Rilo %	0,13%	Roggenkleie 15 to	Weizenkleie 45 to

Gesamtangebot 2369 'o.

Warschau, 2. November. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abflüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Ra. Parität Wagon Warschau: Einheitsroggen 14,25-14,75, Einheitsweizen 21,50-22,00, Sammelweizen 20,00-21,00, Einheitshafer 14,00-14,50, Sammelhafer 13,25-14,00, Braugerste 15,50-16,00, Mahlerste -, Gräsermehl 14,50-15,00, Speiseerbsen 22,00-24,00, Viktoriaerbsen 26,00-30,00, Wintertraps 37,00-39,00, roher Rotkleie ohne dide Nachselbe 130,00-150,00, Rotkleie ohne Nachselbe bis 97% geremiat 170,00-190,00, roher Weisklee -, roher Weisklee bis 97% geremiat -, Luxus-Weizenmehl (45%) 1. Sorte 36,00-42,00, Weizenmehl (65%) 1. Sorte 32,00-36,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 28,00-32,00, Weizenmehl 3. Sorte 17,00-25,00, Roggenmehl 24,00-25,00, Roggenmehl 1. 18,00-19,00, Roggenmehl 1. 18,00-19,00, grobe Weizenkleie 9,50-10,50, mittlere 9,00-9,50, Roggenkleie 9,00-9,50, Leinfuchsen 17,75-18,25, Rapsfuchsen 14,00-14,50, Sonnenblumentuchen 18,00-18,50, doppelt geremiate Serradella -, blaue Lupinen -, gelbe -, Beluchsen 13,00-14,00, Widen 14,00-15,00, Wintererbsen 37,00-39,00, Sommererbsen 38,00-40,00, blauer Mohr 55,00-65,00, Leinamen 37,00-38,00.

Umläge 4806 to, davon 1606 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Bromberger Sämereipreise. Bromberg, 2. November. rma St. Szukalski, Bydgoszcz, notierte in den letzten Tagen pro 100 kg: Rotkleie 110-170, Weisklee 80-110, Schwedenklee 85-115, Gelbklee entk. 85-110, Gelbklee i. Rappen 45-48, Wundklee 90-115, Infarnatkleie 65-75, englische Rappas 17-21, Timothee 16-18, Serradella 8-10, Sommerwiden 13-15, Beluchsen 12,50-14,50, Wintererbsen 35-45, Viktoriaerbsen 21-26, Felderbsen 17-19, Folgererbsen 21-25, Raps 35-39, Rübsen 35-39, Leinmehl 34-38, Weisklee 60-70, Blaumohn 55-60, Senf 34-38, Buchweizen 16-18, gelbe Lupinen 8-9,50, blaue Lupinen 7-8,50.

Forderungen dadurch auf, daß sie bei der Reichsbank jederzeit lombardierbar gemacht worden sind. Die Neuregelung des Bankgesetzes greift nun das Problem von dem zweiten Punkt, von der Tendenz aus an, indem es die Reichsbank in den Stand setzt, für eine gewisse Stabilität des Kursniveaus für festverzinsliche Wertpapiere Sorge zu tragen. Dadurch wird gleichzeitig ein weiteres Moment des Vertrauens in den Markt hinzugefügt.

Die langfristigen Schwankungen, die auf jedem Kapitalmarkt zu finden sind, werden selbstverständlich auch durch die Reichsbank nicht abgeschafft werden. Aber durch eine pflegliche Behandlung des Marktes auf längere Sicht glauben wir, den Boden mit bereiten zu können, der das Hinüberfließen von Beträgen aus den kurzfristigen in den langfristigen Markt ermöglicht und fördert. Eine direkte Kreditgewährung an das Reich oder andere öffentliche Körperlichkeiten seitens der Reichsbank kommt auch in Zukunft nicht in Frage. Das wäre keine Politik des offenen Marktes, sondern eine Politik des geheimen Privatbureaus. Wir wissen ganz genau, daß es auch in Zukunft nicht fehlen wird an unfeindlichen Anträgen in dieser Richtung - nicht etwa von seiten der Reichsregierung - sondern von allabendlich auftretenden unverantwortlichen Stellen, die ihren Namen gern mittels der Notendrucke in die Zeitgeschichte eingravieren möchten.

Die Reichsbank weiß sich aber mit der Reichsregierung völlig einig darin, daß solche dilettantischen Projekte nur dazu beitragen können, den Kapitalmarkt ungenügend zu beeinflussen und daß sie deshalb abzulehnen sind.

Erfreulicherweise mehren sich die Anzeichen dafür, daß unser Wirtschaftslieben durch die Maßnahmen der Regierung eine organisch wachsende Belebung erfährt. Wenn wir diese Belebung durch eine organische Pflege des Kapitalmarktes unterstützen, so wird darin die sicherste Gewähr liegen, daß wir den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nicht vorübergehend, sondern für die Dauer gewinnen werden.

Teil-Silberwährung in USA.

Washington, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Das amerikanische Schatzamt beschäftigt, in nächster Zeit Banknoten im Betrage von 10 Millionen Dollar auszugeben, die nur durch Silber gedeckt sein werden.

750 Millionen Franken Goldverluft der Bank von Frankreich.

Paris, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Wochenanweis der Bank von Frankreich weist eine Goldausfuhr von 750 Millionen Franken (120 Millionen RM.) auf. Da diese Ausfuhr angeblich nur zufällig mit dem Beginn des amerikanischen Goldankaufs in Europa zusammenfällt, hat sich der französische Finanzminister veranlaßt gesehen, eine Erklärung abzugeben. Er weist darauf hin, daß die amerikanischen Goldankäufe nicht als Angriff auf die französische Währung betrachtet werden dürfen. Die augenblickliche Goldausfuhr habe absolut nichts mit der neuen amerikanischen Politik zu tun, sondern beweise nur die Beweglichkeit der französischen Kapitalien und die Notwendigkeit einer Seidung der französischen Finanzen.

Die 750 Millionen sind zum größten Teil nach Belgien, Holland und der Schweiz gegangen.

Fortsetzung der Kriegsschuldenverhandlungen.

Washington, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Trotz der bisherigen Ergebnislosigkeit der englisch-amerikanischen Kriegsschulden-Verhandlungen ist ihre Fortsetzung dennoch beschlossene worden.

Wiederaufnahme der italienisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen. Die polnisch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen, die im vergangenen Winter trotz zweimonatiger Dauer ergebnislos geblieben waren, sind wieder aufgenommen worden. "Giornale d'Italia" hofft, daß Polen bei den neuen Verhandlungen Italien wesentliche Zugeständnisse in Bezug auf den neuen polnischen Generalzolltarif machen werde, der auch für eine Reihe italienischer Erzeugnisse beträchtliche Zollerhöhungen vorsehe.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 3. November. Die Preise lauten Parität Bromberg (Wagonladungen) für 100 Kilo in Zlotn:

Transaktionspreise:		
Roggen	382 to	14.60-14.75
Weizen	- to	-
Braugerste	- to	-
Safer	90 to	13.80-13.95
Leinfuchsen	- to	-
Roggenm. 65%	- to	-
Weizenm. 65%	- to	-
Roggenkleie	- to	-
Weizenkleie	- to	-
Beluchsen	- to	-
Leinfuchsen	- to	-
Sonnenblumentuchen	- to	-

Richtpreise:			
Roggen	14.25-14.50	Fabrikartoff. v.kg%	0.13
Weizen	18.75-19.25	Felderbsen	17.00-19.00
Braugerste	15.00-16.00	Viktoriaerbsen	22.50-24.50
Mahlerste	13.25-13.50	Folgererbsen	23.00-25.00
Safer	14.00-14.25	Leinfuchsen	18.50-19.50
Roggenmehl 65%	21.00-21.75	Rapsfuchsen	14.00-15.00
Weizenmehl 65%	31.00-33.00	Sonnenblumentuch.	18.50-19.50
Roggenkleie	9.50-10.00	blauer Mohr	60.00-62.00
Weizenkleie	8.50-9.00	Senf	34.00-36.00
Weizenkleie grob	9.00-9.50	Leinamen	35.00-37.00
Raps	33.00-35.00	Widen	13.00-14.00
Gelbklee, abgef.	90.00-100.00	Reheheu, lose	6.00-6.50
Weisklee	80.00-100.00	Reheheu gepreßt	7.00-7.50
Rotklee	140.00-160.00	Roggenstroh, lose	1.25-1.50
Speisefartoffeln	2.25-3.00	Roggenstroh, gepreßt	1.75-2.00

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	456 to	Fabrikartoff.	- to	Safer	315 to
Weizen	363 to	Speisefartoff.	75 to	Beluchsen	- to
Mahlerste	274 to	blauer Mohr	- to	Grütle	- to
Braugerste	75 to	weißer Mohr	- to	Leinfuchsen	- to
Roggenmehl	57 to	Rotklee	- to	Mohnfuchsen	- to
Weizenmehl	82 to	Weisklee	- to	Zuderrübsen	- to
Viktoriaerbsen	30 to	Schwedenklee	- to	Rübsen	- to
Folgererbsen	36 to	Gelbklee	- to	Widen	- to
Wid-erbsen	- to	Infarnatkleie	- to	Sonnenblumentuchen	15 to
Roggenkleie	45 to	Wundklee	- to	blumentuchen	15 to
Weizenkleie	109 to	Gerstentkleie	- to	Gersten-Schrot	- to
Rapsfuchsen	- to	Serradella	- to	Trodendmehl	- to
Rastoffen	- to	Senf	- to	getrodn.Rüben	- to